

Freedom of Thought 2013: A Global Report on the Rights, Legal Status, and Discrimination Against Humanists, Atheists, and the Non-religious ¹

Einführung

Freedom of Thought 2013 ist der erste Bericht über die Rechte und die Behandlung von Nicht-Religiösen in jedem Land der Welt. ... Der Schwerpunkt liegt bei der Diskriminierung durch staatliche Behörden, bei der systematischen, gesetzmäßigen oder offiziellen Form von Diskriminierungen und Einschränkungen hinsichtlich der Gedanken-, Glaubens- und Äußerungsfreiheit.

...

Unsere Ergebnisse zeigen, dass in der überwältigenden Mehrheit der Länder die Rechte von Atheisten und Freidenkern nicht respektiert werden. Es gibt Gesetze, die die Existenzberechtigung von Atheisten bestreiten, ihr Recht auf Staatsbürgerschaft annullieren, ihr Recht zu heiraten einschränken, ihnen den Zugang zu öffentlichen Bildungseinrichtungen verwehren, ... sie aus dem Staatsdienst fernhalten, ... und sie für den Abfall von der Religion ihrer Eltern ermorden. ...

Nach einer Untersuchung von 2012 gibt es weltweit 59 % religiöse Menschen, 13 % sind dezidierte Atheisten, weitere 23 % werden als nicht religiös bezeichnet.² ... Zwischen 2005 und 2012 verminderte sich die Zahl der Religiösen um 5 %, die der Atheisten stieg um 3 %. Religiosität nimmt proportional zu höherer Bildung und persönlichem Einkommen ab.

Rechte von Atheisten

... Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrecht von 1948 ...:

¹ Ich habe den Text stark gekürzt und frei ins Deutsche übertragen. An vielen Stellen entspricht er lediglich dem Amnesty-International-Jahrbuch und bleibt für unser Thema unspezifisch – auch wenn es sich um brutale Schweinebackenregime handelt. Diese Teile habe ich weggelassen. Auch Berichte, die lediglich Privilegien (Steuern, staatliche finanzielle Förderung, Bildungssystem etc.) zum Inhalt haben, habe ich nicht berücksichtigt. Die kontinentale und regionale Aufteilung habe ich durch eine einfache alphabetische Sortierung ersetzt. Die Gewichtung nach Fabcodes habe ich beibehalten, obwohl sie mir nicht einleuchtet. Sie weist auf eine gewisse Orientierung an US-Werten hin. So kann ich nicht nachvollziehen, dass die USA mit ihrem hohen Aufkommen an Todesstrafen und außergesetzlichen Tötungen in anderen Ländern (Drohnen) als „überwiegend zufriedenstellend“ eingestuft werden. hst

² Gallup International Association (www.wingia.com/web/files/news/14/file/14.pdf)

„Jeder hat das Recht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht schließt die Freiheit ein, seine Religion oder Überzeugung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, öffentlich oder privat durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Kulthandlungen zu bekennen.“³

Durch Artikel 18 der Internationalen Konvention über Zivile und Politische Rechte von 1966 erhielt diese ... Forderung die Kraft eines international gültigen Gesetzes. 1981 erhielt es durch die UN-Erklärung zur Abschaffung aller Formen von Intoleranz und Diskriminierung auf Grund von Religion und Glauben eine weit gefasstere Anwendung. ...

Dies bezog der UN-Kommentar ausdrücklich auch auf die Freiheit, jede Religion und jeden Glauben abzulehnen ...⁴

Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte lautet:

„Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.“ ...

Artikel 20 schützt die Rechte auf Vereinigung, öffentliche Versammlungen und Demonstrationen. ...

In 13 Ländern droht Atheisten die Todesstrafe ...

In 12 Ländern droht bei Apostase (Abfall vom Glauben) die Todesstrafe ...

*In 55 Ländern ist Blasphemie ein Verbrechen,
in 39 von diesen droht eine Gefängnisstrafe,*

³ Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Resolution 217 A (III) vom 10.12.1948

⁴ Vereinte Nationen: „Erklärung über die Beseitigung aller Formen von Intoleranz und Diskriminierung aufgrund der Religion oder der Überzeugung“ vom 25. November 1981

in 7 Ländern die Todesstrafe ...

...

Religiöse Diskriminierung findet sich in vielen Ländern auch in der öffentlichen Verwaltung und im Bildungsangebot. Die religiöse Kontrolle über das öffentliche Schulwesen ist weit verbreitet. In Nordirland haben z. B. 94 % der staatlichen Schulen einen religiösen Charakter. ...

In den USA ist die Ansicht, dass nur religiöse Amerikaner gut sein können, so machtvoll, dass sich von den 535 Kongress-Mitgliedern kein einziger als nicht-religiös outet. ...

Eine Form der religiösen Diskriminierung wird oft übersehen: Die Familien-Gesetzgebung, auch als Personenstandsrecht bezeichnet. Dieses umfasst rechtliche Bestimmungen zur Eheschließung, Scheidung, Erbschaften, Kindererziehung und Sorgerecht. Außerdem enthält es Aspekte der Rechtsbeziehung zwischen Individuen mit einem bestimmten Personenstandsstatus und der Gesellschaft, z. B. haben in einigen Ländern verheiratete Frauen einen anderen Rechtsstatus als unverheiratete Frauen. In vielen muslimischen Ländern wird das Personenstandsrecht nicht durch das Zivilrecht sondern durch das Religionsrecht der Scharia geregelt, In anderen Ländern mit großen religiösen Minderheiten wird das Zivilrecht teilweise durch religiöse „Familiengerichte“ ersetzt. Die Befolgung derer Urteile ist zwar „freiwillig“ – der soziale Druck gerade auf diejenigen, die sich von der zugrunde liegende religiöse Gemeinschaft gelöst haben, jedoch immens. ...

Säkulare Tyranneien

... Totalitäre Staaten wie Nord-Korea ... setzen eine Staatsideologie, die genau so intolerant und umfassend kontrollierend ist wie eine Theokratie ... und umfasst alle Lebensbereiche der Bürger. ... Jede davon abweichende Meinungsäußerung wird schwer bestraft. ...

Zustandekommen dieses Berichts

Der erste Vorschlag zur Erstellung eines Berichts über die Diskriminierung von Atheisten kam vom Auswärtigen Amt der USA. ... Im Frühjahr 2012 kam es dort zu einem Treffen mit der American Humanist Association (AHA), die ihre Besorgnis über die Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen von Menschen wegen ihrer humanistischen, atheistischen oder religionsfreien Orientierung äußerte. Das Amt bat AHA um einen detaillierten internationalen Bericht darüber.

AHA lud das Center for Inquiry⁵, die International Humanist and Ethical Union⁶, die Richard Dawkins Foundation for Reason and Science⁷, und die Secular Coalition for America⁸ ein, den gewünschten Bericht gemeinsam auszuarbeiten. ... Ein erster Bericht umfasste auf 40 Seiten fast 40 Länder und wurde dem Auswärtigen Amt im August 2012 übergeben. ...

Bis zum 10. Dezember 2012 wurde der Bericht auf Initiative des IHEU um weitere 20 Länder erweitert. ...

Der „Freedom of Thought Report“ von 2013 ist schließlich der erste Bericht, der alle Länder der Welt umfasst.

Neben anderen Organisationen halfen dabei besonders Freedom House⁹, das Committee to Protect Journalists¹⁰, Forum 18¹¹, Reporter ohne Grenzen, Index on Censorship¹², Human Rights Watch und Amnesty International. ...

⁵ eine 1991 aus dem Zusammenschluss zweier humanistischen Organisationen entstandene gemeinnützige Vereinigung zur Förderung einer säkularen Gesellschaft auf der Grundlage von Wissenschaft, Vernunft, „*freedom of inquiry*“ [ich habe keine adäquate Übersetzung gefunden] und humanistischer Werte

(http://en.wikipedia.org/wiki/Center_for_Inquiry)

⁶ IHEU, ein weltweiter Zusammenschluss von über 100 nichtreligiösen humanistischen, rationalen, säkularen, ethischen, atheistischen und freidenkerischen Organisationen in mehr als 40 Ländern (u. a. der HVD)

(http://de.wikipedia.org/wiki/International_Humanist_and_Ethical_Union)

⁷ Die 2006 gegründete RDFRS will unter anderem Forschung finanzieren, welche die psychologischen Hintergründe des irrationalen Glaubens und der Religion untersuchen will. Daneben will sie Bildungs- und Aufklärungsarbeit leisten und sich gegen die Versuche kreationistischer Kreise stellen, Intelligent Design im Schulunterricht einzuführen. Weiterhin will die Stiftung eine hochwertige Website unterhalten und andere humanistische Organisationen unterstützen.

http://de.wikipedia.org/wiki/Richard_Dawkins_Foundation_for_Reason_and_Science

⁸ Diese 2002 gegründete Vereinigung hat die Interessensvertretung von Atheisten, Humanisten, Freidenkern, Angostikern und anderen nicht-theistisch eingestellten Menschen in Form von Lobbyarbeit in politischen Gremien zum Ziel.

(http://en.wikipedia.org/wiki/Secular_Coalition_for_America)

⁹ Eine 1941 u. a. durch Elanore Roosevelt (maßgebliche Mitautorin der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte) mitbegründete Organisation zur weltweiten Förderung freiheitlicher Demokratien. (http://de.wikipedia.org/wiki/Freedom_House)

¹⁰ Eine 1981 gegründete NGO, die sich weltweit für Pressefreiheit einsetzt.

http://de.wikipedia.org/wiki/Committee_to_Protect_Journalists

Das Länderrating

„Freedom of Thought“ unterscheidet auf der Grundlage von 44 Kriterien folgende Kategorien:

- "Free and Equal" (Frei und Gleich) **A**:
 - Religions- und Glaubensfreiheit werden eingehalten, Fälle von Diskriminierungen Nicht-Religiöser sind bekannt.
- "Mostly Satisfactory" (Vorwiegend befriedigend) **B**:
 - Ausnahmsweise kommen religiöse Diskriminierungen durch kommunale, regionale oder staatliche Organe vor.
 - Es gibt eine Staatskirche, aber deren Privilegien sind gering *oder* es gibt Fortschritte in der Trennung von Staat und Kirche
 - Offizielle religiöse Bezüge – seien tolerabel¹³, solange sie nicht zur Marginalisierung Nicht-Religiöser führen.
 - Religiöse Unterweisung an öffentlichen Schulen ohne säkulare Alternativen – seien tolerabel, solange sie optional sind.
 - Religiöse Familiengerichte – seien tolerabel, solange es eine übergeordnete säkulare Justiz gebe.
 - Einzelne Bedenken hinsichtlich der politischen und Meinungsfreiheit – soweit sich dies nicht spezifisch auf religiöse Aspekte bezieht.
 - Einzelne Bedenken, dass säkulare oder religiöse Autoritäten in die Religionsfreiheit eingreifen
- "Systemic Discrimination" (Vom politischen System ausgehende Diskriminierung) **C**:
 - Einschränkung der Meinungsfreiheit in Bezug auf humanistische Grundprinzipien von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten.
 - Eine etablierte Staatskirche oder Staatsreligion durch die Andersdenkende an den gesellschaftlichen Rand gedrängt werden.
 - Systematische Privilegierung von Religionsgemeinschaften

¹¹ Eine christliche norwegische Menschenrechtsorganisation, die sich auf der Grundlage des Artikel 18 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zum Ziel setzt, religiöse Freiheit für alle zu etablieren. (http://de.wikipedia.org/wiki/Forum_18)

¹² Eine 1972 gegründete britische NGO, die sich für Meinungsfreiheit einsetzt. (http://en.wikipedia.org/wiki/Index_on_Censorship)

¹³ „tolerabel“ hinsichtlich der Rating-Stufe

- Verfassungsrechtliche oder gesetzliche Vorschriften schließen nicht-religiöse Ansichten vom Prinzip der Meinungsfreiheit aus.
- Einige religiöse Gerichte in Zivilrecht und Personenstandsangelegenheiten verhängen Zwangsmittel oder diskriminierende Urteile [gegen Nicht-religiöse].
- Religiösen Körperschaften, Traditionen und Religionsführern wird eine besondere Bedeutung zuerkannt. Dies trifft z. B. zu, wenn Geschäfte, die Nicht-religiösen gehören oder von solchen besucht werden, bei religiösen Festen zwangsweise geschlossen werden oder wenn Religionsführer von säkularen politischen Führern bevorzugt konsultiert werden.
- Religiöse Gruppen kontrollieren einige öffentliche oder soziale Dienstleistungen.
- Staatliche Alimentierung religiöser Institutionen und Einkommen; diskriminierende Steuervorteile.
- Staatliche Alimentierung religiöser Schulen.
- Religiöse Schulen haben die Macht, den Zugang zu Beschäftigungsverhältnissen zu regulieren.
- Religionsunterricht als Pflichtveranstaltung in öffentlichen Schule ohne säkulare Alternative.
- Religionskritik wird gesetzlich verfolgt; bzw. es existieren Blasphemieparagrafen.
- Steuern an Religionsgemeinschaften, wobei nicht-religiöse Gruppen ausgeschlossen werden. In manchen Ländern gibt es Kirchensteuern. Statt diese abzuschaffen, haben sie nicht-religiösen Gruppen ermöglicht, diese ebenfalls zu erheben. Auch wenn damit weiter eine Staats-Kirchen-Beziehung besteht, ist dies noch nicht diskriminierend. Diskriminierend wird es erst dann, wenn nicht-religiöse Gruppen diese Möglichkeit nicht haben.
- Religionssteuern als Zwangsabgabe.
- "Severe Discrimination" (Schwere Diskriminierung) **D**:
 - Die Meinungsfreiheit in Bezug auf humanistische Grundprinzipien von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten ist streng eingeschränkt.
 - Nicht Religiöse sind von einigen Regierungsämtern ausgeschlossen.

- Ausschließende interreligiöse Kontrolle. Gesetzliche Regelungen, die bestimmen, welche Religionszugehörigkeit und welches Geschlecht bei der Eheschließung zulässig ist.
 - Religiöse Kontrolle über das Familienrecht oder Gesetzgebung zu Moral-Angelegenheiten.
 - Systematische religiöse Privilegien führen zu sozialer Diskriminierung.
 - Die staatliche Gesetzgebung ist teilweise aus der religiösen abgeleitet oder wird von religiösen Autoritäten bestimmt.
 - Apostasie ist ungesetzlich und wird mit Gefängnis bestraft.
 - Das gleiche gilt für Religionskritik und Blasphemie.
 - Ausdrücklich humanistischen, atheistischen, säkularen oder anderen nicht-religiösen NGOs wird die Registrierung und ihrer Handeln erschwert.
- "Grave Violations".(Schwere Menschenrechtsverletzungen) **E**:
 - Brutale Unterdrückung der Meinungsfreiheit in Bezug auf humanistische Grundprinzipien von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten
 - Eine Tyrannei verhindert jede Meinungsfreiheit hinsichtlich Weltanschauung, Religion oder Glauben.
 - Eine quasi-göttliche Verehrung der herrschenden Eliten wird mit der Androhung schwerer Strafen durchgesetzt.
 - Religiöse Herrscher haben die oberste Hoheit im Staat.
 - Die staatliche Gesetzgebung ist überwiegend oder ganz aus der religiösen abgeleitet oder wird von religiösen Autoritäten bestimmt.
 - Straflosigkeit bei Gewalt gegen nicht-religiöse Menschen als Grundmuster.
 - Apostasie oder Konversion können mit dem Tod bestraft werden.
 - Blasphemie oder Religionskritik können mit dem Tod bestraft werden.
 - Religionslose erhalten keine Regierungsämter
 - Sich also Atheist oder nicht-religiös zu bekennen ist illegal.
 - Staatliche Stellen und Staatsvertreter drängen Nicht-Religiöse an den Rand, schikanieren sie oder initiieren Hasskampagnen gegen sie.

- Das Eintreten für Säkularismus und die Trennung von Staat und Kirche ist illegal.
- Ebenso die Bildung einer humanistischen, säkularen NGO.
- Fundamentalistische religiöse Indoktrination ist im Schulunterricht allgegenwärtig.

Einschränkungen

Der Bericht ist nicht vollständig. Bei einigen Staaten fehlen Informationen über deren Übersee-Territorien, deren Ranking vom Mutterland erheblich abweichen kann. Die hervorgehobenen Einzelfälle bilden keineswegs eine vollständige Liste der Diskriminierungen in den betreffenden Ländern. In einigen Ländern sind Gerichtsverfahren geheim. Medienzensur und Behinderungen von Recherchen verhindern ebenfalls ein vollständiges Bild. In einigen Ländern sind die Gesetze sehr vage gehalten. Erhebliche Macht wird zum Teil an regionale und lokale Autoritäten delegiert, so dass eine eigentlich „pro-säkulare“ staatliche Gesetzgebung nicht immer aussagekräftig ist. ...

Länderberichte

Afghanistan E

Obwohl die Verfassung Religionsfreiheit postuliert, steht auf Apostasie vom Islam die Todesstrafe. Artikel 3 erklärt den Islam¹⁴ zur Staatsreligion.

„Kein Gesetz darf im Gegensatz zu den Glaubensinhalten und Vorschriften der heiligen Religion des Islam stehen.“

Weiter führt Artikel 3 aus, dass dies unabänderlich sei.

Auch wenn die Verfassung für Mitglieder anderer Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften Bekenntnis- und Ausübungsfreiheit postuliert, so sind auch diese vor Gericht der islamischen Jurisprudenz unterworfen – und damit den islamischen Verhaltensregeln. Gerichtsverfahren für Schiiten werden nach deren Rechtsvorstellungen gestaltet, wenn alle Prozessbeteiligten Schiiten sind. Alle anderen sind dem sunnitischen islamischen Recht unterworfen.

Präsident und Vizepräsident müssen Moslems sein. Für andere Regierungs- und Parlamentsmitglieder ist dies nicht zwingend vorgeschrieben – der Amtseid muss auf jeden Fall auf die Prinzipien des Islam abgelegt werden.

Ohne dass es dazu ausdrückliche Vorschriften im kodifizierten Recht gibt, haben Männer ab dem 18. und Frauen ab dem 16. Lebensjahr, die sich vom Islam abgewendet haben, drei Tage Zeit, ihre Konversion zu widerrufen –

¹⁴ gemeint ist die Hanafi-Schule, der sich etwa die Hälfte der Sunniten zugehörig fühlt. (<http://de.wikipedia.org/wiki/Hanafiten>)

andernfalls droht Tod durch Steinigung, Einzug aller Habe und / oder die Nichtigkeitserklärung ihrer Ehe. Einige Berichte legen nahe, dass die Hinrichtung anstatt durch Steinigung durch Hängern erfolgt.

Blasphemie und Religionskritik werden im kodifizierten Recht ebenfalls nicht erwähnt. Richterrecht erklärt jedoch auch dies zu einem Kapitalverbrechen, das unter den gleichen Bedingungen wie Konversion oder Apostasie mit dem Tod bestraft wird. Auch hier gibt es eine Widerrufsfrist von drei Tagen.

Mischehen sind in Grenzen erlaubt, wenn die Ehepartnerin des Moslems zu einer anderen abrahamitischen Religion (Christentum, Judentum) gehört. Muslimas dürfen nur Muslime heiraten.

Das Strafgesetz sieht beim tätlichen Angriff auf einen Gläubigen Kurzzeitstrafen von unter drei Monaten oder eine Geldstrafe zwischen 3.000 und 12.000 Afghanis (60 bis 240 US\$) vor. Tätliche Angriffe auf Nicht-Religiöse sind danach nicht justiziabel.

Während die Verfassung die Pressefreiheit garantiert, verbietet Artikel 45 des Mediengesetzes die Herstellung, Wiedergabe, den Druck und die Veröffentlichung von Materialien, die den Prinzipien des Islam entgegenstehen oder die andere Religionen oder Bekenntnisse verletzen könnten. Das Gesetz gilt auch für nicht-islamische und ausländische Medien. Missionierung zu anderen Weltanschauungen als der des Islams sehen viele Behörden in diesem Zusammenhang als unislamisch an.

Bildungswesen

Die Verfassung fordert, dass sicher gestellt wird, dass sämtlicher Unterricht auf den „Vorschriften des heiligen Islams“ basiert. In den von der Regierung kontrollierten Schulen ist 60 % des Unterrichts Religionsunterweisung, der allgemeine Unterricht beschränkt sich auf die anderen 40 %. In nicht-staatlichen Koranschulen (Madrassahs) ist der Anteil des Religionsunterrichts bedeutend höher und beherrscht oft fast die gesamte Unterrichtszeit. Die überwiegende Mehrheit der Schulen in Afghanistan sind Madrassahs.

Verschärfte Islamisierung der Politik und des Rechtswesens

Die Regierungspolitik favorisiert zwar den Islam in sehr konservativer Ausrichtung, die Kontrollmöglichkeiten der Regierungsorgane sind außerhalb der größeren Städte jedoch sehr begrenzt. Und dort ist die Situation erheblich schlimmer. Dort führen Gewalt, Unsicherheit und Unterdrückung zu fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen. Die Regierung von Präsident Hamid Karsai zeigt Tendenzen, sich dem Verwaltungsstil der Taliban und anderer regionaler Kriegsherren anzunähern.

Die Zentralregierung führt zunehmend die schärfste Version der Scharia ein.

Im November 2013 berichtete Human Rights Watch, das Karsai-Regime wolle Ehebruch wieder mit dem Tod durch öffentliche Steinigung bestrafen.

Dies gilt für beide Geschlechter, sofern der Ehebrecher / die Ehebrecherin verheiratet ist. Unverheiratete Beteiligte am Ehebruch kommen mit 100 Peitschenhieben davon¹⁵.

Einzelfälle

2008, Januar: Der Afghanische Senat fordert die Todesstrafe für den der Blasphemie beschuldigten 23jährigen Journalisten Sayed Pervez Kambaksh. Er hatte einen Artikel heruntergeladen und verbreitet, in dem einige Koranverse über Frauen kritisch hinterfragt wurden. Im Oktober 2008 wurde die Strafe in 20 Jahre Haft umgewandelt. Im August 2009 konnte Kambaksh das Land nach einer Generalamnestie durch Präsident Karsai verlassen.¹⁶

Ägypten E

Formal ist die Verfassung der Mubarak-Ära noch in Kraft, in der mit der Spezifizierung durch Strafrechtsbestimmungen u. a. das Verspotten oder die Beleidigung „himmlischer Religionen“ mit Freiheitsstrafen zwischen einem halben und fünf Jahren und / oder Geldstrafen zwischen 500 und 1000 ägyptischen Pfund belegt werden. Diese Strafbestimmungen werden vor allem gegen Freidenker nach wie vor durchgesetzt.

2012 kam es infolge des Wahlsiegs der Moslebruderschaften zu einem starken Anstieg von Blasphemie-Prozessen gegen Atheisten und Koptische Christen. 2013 gingen die Zahl dieser Fälle noch vor dem Sturz des Mursi-Regimes wieder zurück.

Erste neue Verfassungsentwürfe von Anfang Dezember 2013 verbieten religiöse Parteien (wobei insbesondere die Moslebruderschaften gemeint sind), die Konformität des Gesetzgebung mit der islamischen Scharia wird jedoch ausdrücklich beibehalten.

Einzelne Fälle

2007, Februar: Der Blogger Abdel Kareem Soliman wird für die Beleidigung des Islam und des Präsidenten zu 4 Jahren Haft verurteilt.

2007, Oktober: Der Blogger Kareem Amer wird wegen Facebook-Einträgen, die von der Justiz als den Islam beleidigend und zum Umsturz gegen Mubarak angesehen werden, zu einer Haftstrafe verurteilt. Am 14.11.2010 wird Kareem Amer freigelassen und von Sicherheitskräften erneut festgenommen und mutmaßlich gefoltert.

2011, Oktober: Ayman Yusef Mansur (24) erhält eine 3-jährige Gefängnisstrafe mit Zwangsarbeit, weil er in einem Facebookeintrag angeblich die

¹⁵ was nach der Tagesforms des / der Auspeitscher auch letal sein kann.

¹⁶ IHEU-Quelle: http://news.bbc.co.uk/2/hi/south_asia/7204341.stm

Würde der islamischen Religion beschimpft habe. Das Gericht gab nicht bekannt, was Mansur gepostet hatte.

2012, Februar: Makram Diab, ein christlicher Schulsekretär, wird wegen „Verunglimpfung des Propheten Mohammed“ zu einer 6-jährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Vor dem Gericht forderte ein Mob von 2.500 Moslems die Todesstrafe für Diab. Die Verurteilung beruhte auf Zeugenaussagen muslimischer Kollegen Diabs, die behaupteten, dieser habe beleidigende Bemerkungen gemacht.

2012, April: Der 17-jährige Christ Gamal Abdou Massoud wird für die Veröffentlichung von Cartoons (*siehe nächste Seite*) auf seiner Facebookseite zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Cartoons hätten sich über den Islam und den Propheten Mohammed lustig gemacht.



Massoud wurde außerdem beschuldigt, einige seiner Cartoons an seine Schulfreunde verteilt zu haben. Massoud lebt im Süden der Stadt Assiut, einem Ort mit einem hohen christlichen Bevölkerungsanteil. In der Folgezeit griffen Moslems mehrere Christen an, verletzten sie und setzten ihre Häuser in Brand.

2012, September: Die Hersteller des YouTube Videos „Innocence of Muslims“ und der amerikanische Pastor Terry Jones, der auf YouTube seine Koranverbrennung veröffentlichte, werden von ägyptischen Gerichten in Abwesenheit zum Tode verurteilt.¹⁷ In der Folge kam es zu wütenden Ausschreitungen fanatischer Moslems (von denen die meisten die o. g. Aktionen nur vom Hörensagen kannten. U. a. wurde dabei auf Betreiben des Mobs der 27-jährige Aktivist für eine säkulare Demokratie in Ägypten, Alber Saber, wegen Beleidigung der Religion festgenommen. Saber betreibt eine atheistische Seite auf Facebook. Nachdem ein Gefängniswärter Mitinsassen über Sabers „Vergehen“ informiert hatte, wurde Saber von diesen verprügelt. Im Dezember 2012 wurde Saber zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Auf Kautionsfreilassung, konnte Saber Anfang 2013¹⁸ aus Ägypten fliehen.

¹⁷ Beide Aktionen zeichneten sich durch christlichen Fanatismus und herausragende Dummlichkeit aus – aber 8 Wochen Latrineputzen in einer Moschee hätte m. E. völlig ausgereicht ;°)

¹⁸ http://en.wikipedia.org/wiki/Alber_Saber

2012, Juli: Der 32jährige Lehrer Bishoy Kamel (koptischer Christ) wird wegen den Islam, den Propheten Mohammed und Präsident Mursi beleidigender Bilder auf seiner Facebookseite festgenommen. Im September wurde er wegen „Blayphemie“ zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt.

Algerien D

Islam ist Staatsreligion. Institutionen, deren Handeln nicht im Einklang mit islamischer Moral steht, sind verboten.

Das Strafgesetz kriminalisiert die Beleidigung religiöser Gefühle, Initiierung von Hass gegen Religion, die Beleidigung des Propheten Mohammed. Das Ministerium für Religiöse Angelegenheiten verfolgt jede Veröffentlichung von Inhalten, die für blasphemisch erachtet werden könnten. Blasphemie und Religionskritik werden mit Haftstrafen geahndet.

Das Familienrecht unterliegt der Scharia und damit religiöser Kontrolle. Frauen unterstehen der Vormundschaft des Ehemannes oder männlicher Verwandter. Moslemische Frauen dürfen Nicht-Moslems erst heiraten, wenn diese zum Islam konvertieren. Männer dürfen auch Nicht-Muslimas heiraten – nicht jedoch Mitglieder von Nicht-monotheistischen Religionsgemeinschaften. Seit einer Revision des Eherechts von 2005 braucht die Frau für die Eheschließung nicht mehr die Zustimmung eines männlichen Verwandten. Kinder eines muslimischen Vaters sind automatisch Moslems – unabhängig von der Religion der Mutter. In Erbschaftsangelegenheit werden Nicht-Moslems benachteiligt, wenn Moslems Anspruch auf das Erbe erheben.

Missionierungen durch Nicht-Moslems ist eine Straftat, die mit einer Geldstrafe von maximal 1 Million Dinar (12.845 US\$) und 5 Jahren Haft geahndet wird. Dies gilt nicht nur für jeden, der Moslems durch Animierung, Zwang oder Verführung zu einer anderen Religion konvertieren lassen will, sondern auch für alle, die dafür

„Institution der Lehre, der Bildung, des Gesundheitssystems, des Sozialsystems, der Kultur, der Berufsbildung ... oder finanzielle Mittel nutzt.“

Ebenso bestraft wird die Herstellung, Lagerung und der Vertrieb von Print- und audio-visuellen Materialien, wenn diese geeignet sind, den Glauben eines Moslems ins Wanken zu bringen.

Islam- und Arabisch-Unterricht ist in allen öffentlichen und privaten Schulen Pflicht.

Presse und Internet (seit 2009) unterliegen einer strikten Zensur. Die Versammlungsfreiheit ist erheblich eingeschränkt. Demonstranten riskieren Haftstrafen.

Andorra C

Der katholische Bischof von Urgell (einer Diözese, die hauptsächlich in Spanien liegt) ist automatisch eines der beiden Staatsoberhäupter – er ist übrigens auch Mit-Staatsoberhaupt in Frankreich.

Gesetzesvorschriften der römisch-katholischen Kirche haben denselben Charakter wie staatliche Gesetze.

Äquatorial Guinea D

Die Römisch-Katholische Kirche und die Reformierte Kirche genießen weitgehende Privilegien. Andere Weltanschauungsgruppen müssen sich beim Justizministerium registrieren lassen und werden von diesem überwacht. Nicht registrierte Gruppen müssen mit Geldstrafen rechnen.

Aserbeidschan D

Säkulare Regierungskritiker riskieren nicht nur staatliche Verfolgung sondern zusätzlich islamistische Gewaltakte.

Einzelne Fälle

2011, Herbst: Der säkulare Journalist Rafiq Tağı wurde durch einen unbekanntes Angreifer im Zentrum von Baku niedergestochen. Er starb vier Tage später in einem Krankenhaus. In einem Interview kurz vor seinem Tod sagte Tağı, der Angriff sei die Rache nicht-identifizierter iranischer Agenten und muslimischer Fanatiker für seine säkularen Veröffentlichungen.¹⁹

Der Universitätsprofessor Agalar Mammadov griff nach dem Tod Tağis in offenen Briefen den Extremismus im Islam an. Er erhielt daraufhin Morddrohungen von Islamisten und floh 2012 nach Schweden.

Äthiopien D

Die äthiopische Verfassung enthält in Artikel 11 eine klare Trennung von Staat und Kirche:

„(1) Staat und Religion sind getrennt.

(2) Es gibt keine Staatsreligion.

¹⁹ Es ging vor allem um den Artikel „Europa und wir“, der 2006 in der Zeitschrift *Sanat* veröffentlicht wurde. Darin schrieb Tağı u. a., Islam und Demokratie seien unvereinbar. Tağı und sein Herausgeber wurden deshalb 2007 zu drei Jahren Haft verurteilt, von denen sie 8 Monate absaßen. Der Artikel führte zu Demonstrationen vor der aserbajdschanischen Botschaft in Teheran und bewog Großajatollah Mohammad Fazel Lankarani dazu eine Fatwa gegen Tağı auszusprechen, in der er dessen Tod forderte. Lankarani beschuldigte Tağı, den Propheten Mohammed beleidigt und den Islam verhöhnt zu haben. (http://de.wikipedia.org/wiki/Rafiq_Ta%C4%9F%C4%B1)

(3) Der Staat soll sich nicht in religiöse Angelegenheiten einmischen, und Religion soll sich nicht in staatliche Angelegenheiten einmischen.“

Medien

Ein Mediengesetz von 2008 stellt „Diffamierung“ inklusive die Diffamierung religiöser Gruppen unter Strafe. Im Namen der nationalen Sicherheit können Behörden Material vor der Veröffentlichung beschlagnahmen.

Die Medien sind überwiegend in Staatshand. Der Internetverkehr wird auf der Grundlage von Terroristengesetzen von 2012 überwacht.

Religiöse Parteilichkeit

Die Regierung unterstützt die Äthiopische Orthodoxe Kirche als landesgrößte religiöse Gruppe und diskriminiert zunehmend die muslimische Gemeinde.

Australien

Jede Parlamentssitzung beginnt mit einem gemeinsamen christlichen Gebet.

Das Verbot „rassistischer Schmähungen“, das im Bund und in vielen Ländern besteht, wurde in Tasmanien, Queensland und Victoria zu einem Verbot „religiöser Schmähungen“ ausgeweitet. Das entsprechende Gesetz von Victoria von 2001 wurde mehrmals angewendet, um Menschen für Religionskritik strafrechtlich zu verfolgen.

Bahrain E

Laut Verfassung ist der Islam die offizielle Religion des Staates und islamisches Recht ist die grundlegende Quelle für die Gesetzgebung. Die Abwendung vom Islam ist laut Verfassung verboten. Gleichwohl gibt es keine verfassungsmäßigen Einschränkungen für die Mitglieder anderer Religionsgemeinschaften, ihrem Glauben zu frönen.

Das im Mai 2009 verabschiedete Personenstandsrecht gilt nur für Sunniten.

Die Mediengesetze verbieten anti-islamische Medien.

„Die offizielle Staatsreligion Beleidungen und Kritik auszusetzen“

wird mit Gefängnisstrafen belegt und führt zur Schließung des betreffenden Medienunternehmens.

Islam-Unterricht ist in allen öffentlichen Schulen obligatorisch.

Friedliche Demonstrationen wirtschaftlich benachteiligter schiitischer Gemeinden für mehr Demokratie wurden 2011 und 2012 blutig niedergeschlagen. Hunderte von Demonstranten wurden festgenommen, und viele von ihnen wurden gefoltert. Führer der Bewegung wie Hasan Mushaima, Abduljalil al-Singace, Ibrahim Sharif, und Abd al-Hadi al-Khawaja erhielten lebenslängliche Haftstrafen. Journalisten, die über die Proteste berichteten, wurden ebenso festgenommen wie medizinisches Personal, das verletzte De-

monstranten versorgt hatte. Ausländische Journalisten wurden ausgewiesen, Demonstranten, die ausländischen Medien Interviews gaben, wurden eingeschüchtert, Fotografen und Blogger wurden ebenfalls inhaftiert. Tausende verloren ihre Arbeitsstellen. Der Gründer der Oppositionszeitung Al-Wasat, Karim Fakhrawi starb im April 2011 nach Verhören im Gefängnis²⁰.

Einzelne Fälle

2012, August: Ein Gericht verurteilte einen Mann für im Internet verbreitete beleidigende Bemerkungen über eine der Frauen des Propheten Mohammed, Aisha, zu 2 Jahren Gefängnis.²¹

Bangladesch E

2013 wurden mehrere atheistische und freidenkende Blogger Opfer physischer Angriffe, es gab strafrechtliche Verfolgungen wegen Blasphemie. Ein Islam-Kritiker wurde mit einem Machete²² ermordet.

Ein Verfassungszusatz von 2011 erklärte den Islam zur Staatsreligion und bestätigte gleichzeitig, Bangladesch sei ein „säkularer Staat“.

Abschnitt 295A des Strafgesetzbuches erklärt, dass jede Person die „vorsätzlich“ oder böseartig versucht, „religiöse Gefühle zu verletzen“ in Haft genommen werden kann. Diese Bestimmung wird in der Praxis auf Atheisten und Säkulare angewendet.

Die Strafprozessordnung sieht in §§ 99 a bis f vor, dass die Regierung

„alle Exemplare einer Zeitung konfiszieren kann, wenn diese irgendetwas veröffentlicht, was ... religiöse Glaubensinhalte verunglimpfen könnte.“

Das Personenstandsrecht hat unterschiedliche Bestimmungen für Moslems, Hindus und Christen. Muslimisches und Hindurecht ist im Rechtssystem kodifiziert. Ein Moslem darf bis zu vier Frauen heiraten. Allerdings benötigt er die schriftliche Einwilligung seiner ersten Frau, bevor er weitere Frauen ehelicht. Christen dürfen nur eine Frau heiraten. Im Hindurecht ist Scheidung auf die Fälle von Impotenz oder Irrsinn eines Ehepartners begrenzt. Falls ein Ehepartner den anderen foltert, ist ebenfalls eine Scheidung möglich.

Nach islamischem Familienrecht erben Frauen weniger als Männer und haben auch weniger Scheidungsrechte.

²⁰ Auch wenn die Todesursache als ungeklärt gilt, wies Fakharis Leiche schwere Folterspuren auf. (http://en.wikipedia.org/wiki/Karim_Fakhrawi)

²¹ IHEU-Quelle:

www.reuters.com/article/2012/08/12/us-bahrain-insult-idUSBRE87BOC020120812

²² Im Genus folge ich hier dem Caoba-Zyklus von B. Traven.

In den letzten Jahren kam es zunehmend zu Gewaltausbrüchen gegenüber Mitgliedern der Ahmadiyya-Gemeinde und Buddhisten. Im September 2012 wurden nach der Veröffentlichung eines Fotos mit einem brennenden Koran auf Facebook mehr als 20 buddhistische Tempel zusammen mit Wohnungen und Geschäften durch Moslems niedergebrannt.

Einzelne Fälle

Die feministische Autorin und atheistische Aktivistin Taslima Nasrin lebt seit 1994 mit kurzen Unterbrechungen im Exil, da sie in Bangladesch Todesdrohungen und staatlicher Verfolgung ausgesetzt wäre. Der deutsch-schweizerische evangelikale Journalist Burkhard Müller-Ullrich versuchte 1996 auch in Deutschland, ihre Reputation zu untergraben.²³

2013, Februar: Der atheistische Blogger Ahmed Rajib Haide (aka Thaba Baba) wurde vor seiner Wohnung mit einem Machete ermordet. Er war Mitglied der Shahbag-Bewegung²⁴, die Proteste gegen die größte islamistische Partei des Landes organisiert.

2013, Januar: Militante Islamisten versuchten den atheistischen Blogger Asif Mohiuddin zu ermorden. Dieser überlebte den Anschlag nur aufgrund sofort eingeleiteter notfallmedizinischer Maßnahmen. Im April 2013 wurde Mohiuddin festgenommen und angeklagt, den Islam und den Propheten beleidigt zu haben. Zeitgleich wurden drei weitere säkulare Blogger – Subrata Adhikari Shuvo, Mashiur Rahman Biplob, und Rasel Parvez – unter der gleichen Anklage festgenommen. Vorher hatten Islamisten den Behörden eine Liste von 84 Bloggern übergeben, für die sie Anklagen wegen Blasphemie forderten. Die drei letztgenannten wurden kurze Zeit später wieder freigelassen, Asif Mohiuddin jedoch erst Ende Juli aus Gesundheitsgründen. Einen Monat später saß er wieder im Gefängnis. Im Dezember 2013 befanden sich alle vier Blogger auf Kaution in Freiheit und warten seitdem auf ihr Verfahren.

IHEU setzt sich für ihre Freilassung ein und fordert die Regierung auf, Strafverfolgungen aufgrund islamistischer Denunziationen zu unterbinden.²⁵

2012, Januar: Der Leiter einer technischen Schule, Yunus Ali, wurde festgenommen, weil in der Schulbibliothek eine Ausgabe von Taslima Nasrins Buch *Scham* stand. Das Buch erzählt die Geschichte einer in Bangladesch verfolg-

²³ http://de.wikipedia.org/wiki/Taslima_Nasrin

http://de.wikipedia.org/wiki/Burkhard_M%C3%BCller-Ullrich

²⁴ benannt nach einem Polizeibezirk in der Nachbarschaft der Hauptstadt Dakha (<http://en.wikipedia.org/wiki/Shahbag>)

²⁵ IHEU-Quelle: <http://iheu.org/story/arrests-atheist-bloggers-shows-bangladesh-authorities-are-walking-trap-set-fundamentalists>

ten Hindu-Familie. Es wurde bereits 1993 als blasphemisch erklärt und kam auf den Index.

2012, März: Der oberste Gerichtshof von Dhaka ließ 5 Facebook-Seiten schließen, da Professoren der Universität Dhaka beanstandeten, diese enthielten Bemerkungen und Cartoons über den Propheten Mohammed, den heiligen Koran, Jesus, Buddha und Hindu-Götter, die religiöse Gefühle verletzten.

Barbados C

Blasphemie gilt als Verbrechen, wurde jedoch in der jüngeren Geschichte nicht mehr verfolgt.

Bolivien C

Die Katholische Kirche hat mit Regierungsunterstützung die Kontrolle über wesentliche Teile des Sozialen Sektors und des Bildungswesens und reguliert den Zugang zu leitenden Positionen im öffentlichen Dienst.

Brunei E

Auch wenn die Verfassung Religions- und Bekenntnisfreiheit festgelt, wird in ihr der Islam in der Form der Shafi'i-Sekte²⁶ als bevorzugte Religion der Staatsbürger bezeichnet.

Jeder, der eine vom Shafi'i abweichende Lehre lehrt oder fördert muss nach dem Islamic Religious Council Act mit 3 Monaten Haft oder einer Geldstrafe von 2.000 Brunei-Dollar (1.150 US\$) rechnen.

Besucher des Landes müssen ihre Religionszugehörigkeit im Visums-Antrag eintragen.

Seit Anfang der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts verstärkt die Regierung die Legitimität der Erb-Monarchie durch die Förderung einer Nationalideologie die 1984²⁷ als Melayu Islam Beraja (MIB) oder Malay Islamic Monarchy begründet wurde. Diese sei anderen Religionen oder Weltanschauungen überlegen.

MIB bestimmt das tägliche Leben. Bei Feierlichkeiten sind auch Nicht-Muslime angehalten, sich nach dem muslimischen Dresscode zu kleiden.

²⁶ eine Rechtsschule des sunnistischen Islam aus dem 9. Jahrhundert

(http://de.wikipedia.org/wiki/Sh%C4%81fi%CA%BFi#Stellung_in_der_sch.C4.81fi.CA.BF.C4.ABtischen_Rechtsschule)

²⁷ http://de.wikipedia.org/wiki/Melayu_Islam_Beraja

Alle muslimischen Kinder zwischen 7 und 15 Jahren müssen sich der muslimischen Erziehung nach Shafi'i-Prinzipien und MIB unterziehen. Unterrichtsveranstaltungen anderer Religionen sind verboten.

Ehen zwischen Moslems und Nicht-Moslems sind nicht gestattet.

Das Land wird seit 1962 ununterbrochen mit Notstandsgesetzen regiert.

Chile C

Öffentliche Veranstaltungen werden regelmäßig von einer Römisch-katholischen Messe begleitet. Bei Militärveranstaltungen ist die Teilnahme aller beteiligten Einheiten Pflicht.

Dänemark D

Die Evangelisch-Lutherische Kirche ist laut Verfassung Staatskirche. Der König muss Mitglied der ELK sein.

Das Strafrecht verbietet Blasphemie, die als Verspottung oder Beleidigung von Glaubensgrundsätzen oder Gottesdiensten jeglicher legal anerkannten Religion definiert wird. Zuwiderhandeln kann mit Geldstrafen und bis zu 5 Monaten Haft bestraft werden. In letzter Zeit wurde das Gesetz nicht mehr angewendet. Anzeigen von Blasphemie werden von den Gerichten mit dem Hinweis auf den Schutz der Meinungsfreiheit abgewiesen.

Deutschland D

Die deutsche Justiz unterstützt wohlwollend die vorsätzliche systematische Körperverletzung (z. T. mit Todesfolge) durch das Zeitschlagen von Kirchenglocken.²⁸

Blasphemie kann bestraft werden. Artikel 166 des Strafgesetzbuches lautet:

„Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen

(1) Wer öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3)²⁹ den Inhalt des religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnisses anderer in einer

²⁸ Diese Information ist im IHEU-Bericht leider nicht zu finden.

²⁹ „Den Schriften stehen Ton- und Bildträger, Datenspeicher, Abbildungen und andere Darstellungen in denjenigen Vorschriften gleich, die auf diesen Absatz verweisen.“ (<http://dejure.org/gesetze/StGB/11.html>)

Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Ebenso wird bestraft, wer öffentlich oder durch Verbreiten von Schriften (§ 11 Abs. 3) eine im Inland bestehende Kirche oder andere Religionsgesellschaft oder Weltanschauungsvereinigung, ihre Einrichtungen oder Gebräuche in einer Weise beschimpft, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören.“³⁰

Dschibuti D

Mehr als 99 % der Bevölkerung werden offiziell als Anhänger des sunnitischen Islam gesehen. Jeder Staatsbürger, der sich nicht explizit zu einer anderen Weltanschauung bekennt, wird als Sunnit gezählt.

Ehe

Muslime müssen in einer islamische Zeremonie heiraten. Nicht-Muslimen müssen nach dem Ritus der Religionszugehörigkeit heiraten, in der sie eingetragen sind. Die Zivilehe ist ausschließlich nicht-muslimischen Ausländern gestattet. Ein Mann, der eine Muslima heiraten möchte, muss zum Islam konvertieren. Die Nicht-Konvertierung gilt als Ehehindernis.

Regierung

Der Präsident muss bei der Amtseinführung einen religiösen Eid leisten. Das selbe gilt für andere Regierungsangestellte. Das ist so selbstverständlich, dass für das Nichtbefolgen dieses in der Verfassung verankerten Brauchs keine Sanktionen vorgesehen sind.

El Salvador D

Für die Beleidigung und Beschimpfung von Religionen anderer oder die Beschädigung religiöser Objekte sieht das Gesetz Haftstrafen von sechs Monaten bis zu 2 Jahren vor, bei Veröffentlichung solcher Beleidigungen erhöht sich die Strafe auf bis zu drei Jahren. Wiederholungstäter können bis zu 8 Jahren ins Gefängnis kommen. Praktisch wurde dieses Gesetz bisher jedoch nicht umgesetzt.

Eritrea E

Die an sich internationalen Standards entsprechende Verfassung Eritreas von 1997 wurde nie umgesetzt.

Im letzten Jahrzehnt stieg die staatliche Verletzung von Glaubensfreiheit und Meinungsfreiheit stark an. Angehörige von Glaubensgemeinschaften von Minderheiten wurden Opfer von Massenverhaftungen, oft verbunden mit Folter und Ermordung.

³⁰ <http://dejure.org/gesetze/StGB/166.html>

2002 verfügte die Regierung, dass alle Religionsgruppen sich entweder registrieren lassen mussten oder alle Aktivitäten einzustellen hatten. Die registrierten Religionsgemeinschaften sind:

- Die eriträische Orthodoxe Kirche
- die evangelisch (lutherische) Kirche Eritreas
- Islam
- Römisch-Katholische Kirche

Die Regierung sichert sich die Kontrolle über die vier anerkannten Religionsgemeinschaften und bestimmt in vielen Fällen über ihre Leitungsposten, Finanzen und Predigtinhalte. Staatsorgane schikanieren regelmäßig Mitglieder anerkannter und nicht anerkannter Religionsgemeinschaften durch Festnahmen. Manche von diesen sterben an den Folgen von Folter und mangelnder medizinischer Behandlung in den Gefängnissen. Die Zahl der Gefangenen aufgrund von Religionszugehörigkeit wurde Ende 2012 auf 2000 bis 3000 geschätzt. Freigelassene berichten, dass Bedingung ihrer Haftentlassung in der Eintritt in eine der vier etablierten Religionsgesellschaften war.

Sich als Atheist oder nicht-religiös zu outen ist illegal. Der Einsatz für Säkularität oder die Trennung von Staat und Kirche wird unterdrückt. Die Registrierung explizit humanistischer, atheistischer, säkularer oder anderer nicht-religiöser NGOs ist illegal. Blasphemie ist gesetzlich verboten. Religionskritik kann mit Haft bestraft werden.

Ausreisevisa

Ausreisevisa werden nur Mitgliedern der vier anerkannten Religionsgesellschaften erteilt. Alle anderen müssen beim Religionsministerium Sondergenehmigungen beantragen, die nur teilweise gewährt werden.

Frankreich B

In einigen Regionen von Elsass und Lothringen gibt es zwar noch in den Artikeln 166 und 167 des Strafgesetzbuches Blasphemiegesetze; sie werden aber nicht mehr angewendet.

Gabun D

Ritualmorde sind weit verbreitet. Journalisten, die über die Beteiligung politischer Eliten an den Morden berichten, werden schikaniert und inhaftiert. Der IHEU-Bericht spezifiziert die religiösen Hintergründe der Ritualmorde nicht.

Gambia E

Obwohl die Verfassung weitgehend internationalen Standards entspricht, bevorzugt die Regierung massiv den Sunnitischen Islam, dem 90 % der Bevölkerung angehören.

Islamische Kadi-Gerichte entscheiden in Personenstands- und im Erbschaftsrecht. Artikel 25 der Verfassung bestimmt, dass das oberste Gericht von einem islamischem Richter geleitet werden muss.

Hexerei

2009 führten staatliche Truppen Massenjagden auf der Hexerei beschuldigte Menschen an. Fast 1.000 Menschen wurden entführt, viele in staatliche Internierungslager gebracht, geschlagen und dazu gezwungen, halluzinogene Flüssigkeiten zu trinken. Zwei der Opfer starben. Ursprung der Verfolgungen war Präsident Yahya Jammehs (geb. 1965³¹) fixe Idee, dass der Tod seiner Tante durch Hexerei verursacht wurde.

2012 kündigte Präsident Yahya Jammeh an, alle 47 ausstehenden Todesurteile binnen eines Monats zu vollziehen. Davor gab es 27 Jahre lang keine Hinrichtung.

Der populäre muslimische Führer Imam Baba Leigh, der sich in seinen Vorträgen nicht an die Staatsdoktrin hielt und gegen die Todesstrafe predigte, wurde verhaftet und gefoltert. 2013 wurde er wieder freigelassen.³²

Grenada D

Blasphemie und Vulgärsprache sind in schriftlichen Veröffentlichungen gesetzlich verboten und können mit zwei Jahren Haft bestraft wird. Dies scheint aber praktisch nicht zur Anwendung zu kommen.

³¹ http://de.wikipedia.org/wiki/Yahya_Jammeh. Bereits 2003 behauptete er, Mitglieder der Opposition hätten an einer Straßenkreuzung den Kadaver eines Löwen und eine Kalebasse mit Palmwein vergraben. Er warf ihnen vor, so die gambische Wirtschaft zerstören zu wollen. Den Chef des Geheimdienstes entließ er, weil dieser die Dienste eines senegalesischen Zauberers in Anspruch genommen hatte. Anfang Februar 2007 geriet Jammeh vor allem bei Medizinern und AIDS-Experten in die Kritik, als er verlauten ließ, er könne Aids und Asthma mittels Handauflegen heilen. Die Heilungszeit betrage lediglich drei Tage. Er bot den ca. 20.000 HIV-positiven Gambiern an, sie kostenlos zu behandeln, Voraussetzung einer solchen Therapie sei jedoch, antivirale Medikamente gegen Aids sofort abzusetzen. 2008 forderte er alle Homosexuellen dazu auf, Gambia innerhalb von 24 Stunden zu verlassen. Er drohte außerdem, alle Lesben und Schwulen, die er im Land entdeckte, zu köpfen. Auch kündigte er an, er würde die Gesetzgebung in Bezug auf Homosexualität verschärfen lassen, und diese würde noch strikter als im Iran werden.

³²

http://www.amnesty.de/suche?words=baba+leigh&search.x=0&search.y=0&form_id=ai_search_form_block#resultlist

Griechenland D

In den letzten Jahren kam es zu einem erheblichen Anstieg von Blasphemieverfolgungen, die mit einer Ausweitung von Fremdenhass und Unruhen einhergingen.

Artikel 198 des Griechischen Strafgesetzbuches postuliert:

„1. Wer öffentlich und böswillig mit welchen Mitteln auch immer Gott lästert, soll mit höchstens zwei Jahren Haft bestraft werden.

2. Jeder, der anders als in Absatz 1 beschrieben öffentlich in blasphemischer Form einen Mangel an Respekt gegenüber göttlichen Dingen zeigt, wird mit bis zu 3 Monaten Haft bestraft.“

Artikel 199 postuliert, dass

„Wer öffentlich und böswillig mit welchen Mitteln auch immer die Griechische Orthodoxe Kirche oder jede andere in Griechenland tolerierte Kirche lästert, soll mit höchstens zwei Jahren Haft bestraft werden.“

Entsprechend verbietet das Land jedes Verhalten in Wort und Tat, das „öffentliche Gefühle beleidigt“ oder „die religiösen Gefühle der Menschen verletzt.“

Einzelne Fälle

2012, Juni: Drei Schauspieler des Theaterstücks „Corpus Christi“³³ wurden der Blasphemie angeklagt und nach einem vom griechisch-orthodoxen Bischof Seraphim von Piräus angestregten Verfahren in Haft genommen. Der Bischof wurde vor Gericht von einigen Mitgliedern der Nazi-Partei Goldene Morgenröte begleitet. Im November erhob die athenische Staatsanwaltschaft Klage gegen die Organisatoren, Produzenten und das Ensemble des Stücks Anklage wegen Blasphemie.³⁴

Im September 2012 wurde der 27jährige Phillipos Loizos in Evia wegen

„börsartiger Blasphemie und religiöser Beleidigung auf der bekannten sozialen Netzwerk-Seite Facebook“

angeklagt und inhaftiert. Loizos hatte eine Seite für „Elder Pastitsios, den Pastafari“ eingerichtet und spielt damit auf den von einigen als Prophet ver-

³³ In dem 1998 veröffentlichten Stück von Terrence McNally leben Jesus und seine Apostel als schwule Gemeinschaft im modernen Texas. Jesus organisiert die Homo-Ehe zwischen zwei Aposteln. Judas verrät ihn aus sexueller Eifersucht.

(http://en.wikipedia.org/wiki/Corpus_Christi_%28play%29)

³⁴ IHEU-Quelle: <http://greece.greekreporter.com/2012/11/16/greece-prosecutes-corpus-christi-for-blasphemy/>

ehrten griechisch-orthodoxen Mönch Elder Paisios und die griechische Spezialität παστίσιο an.³⁵



36

Elder Paisios (1924 – 1994) παστίσιο

2013, März: Der griechische Künstler Dionysis Kavalieratos wurde vor Gericht für drei seiner sich aufs Christentum beziehenden Cartoons wegen Blasphemie angeklagt. Die Cartoons waren in einer privaten Athener Kunstgalerie ausgestellt gewesen. Der Besitzer wurde ebenfalls angeklagt, aber freigesprochen.³⁷



38

³⁵ IHEU-Quelle: <http://www.csmonitor.com/World/Europe/2012/1002/Blasphemy-in-democracy-s-birthplace-Greece-arrests-Facebook-user>

³⁶ orthodoxwiki.org + <http://el.wikipedia.org/wiki/παστίσιο> = guysmith.org

³⁷ IHEU-Quelle: <http://onthewaytoithaca.wordpress.com/2013/04/19/greek-artist-acquitted-of-blasphemy-charges>

³⁸ onthewaytoithaca.wordpress.com

Großbritannien C

Die 26 ältesten Bischöfe der Anglikanischen Kirche sind automatisch Mitglieder des britischen Oberhauses.

Von den staatliche finanzierten Schulen sind 34 % in England, 14 % in Schottland, 15 % in Wales und 94 % Schulen mit religiösem Charakter. Die Religionsgemeinschaften wählen Schülerschaft und Lehrerschaft aus, nicht von ihnen akzeptiertes Verhalten kann bei Lehrern zu Entlassungen führen.

In allen öffentlich finanzierten Schulen ist das Schulgebet obligatorisch, in den nicht einer Religionsgemeinschaft zugeordneten Schulen (66 % insgesamt) hat das Schulgebet einen christlichen Charakter zu haben.

Religionsgemeinschaften sind von dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz von 2010 ausgenommen.

Bis 2013 gabe es in GB eine Vielzahl von Gesetzen, nach denen Beleidigungen aller Art gerichtlich geahndet werden konnten. Diese sind mittlerweile entschärft, womit Blasphemie auch weitgehend straffrei ist. Diese Gesetzesänderungen greifen jedoch nicht in Nordirland, ggf. können Beleidigungsklagen auch von übrigen Teilen des Königreichs zur Verhandlung in Belfast vorgelegt werden.

Einzelne Fälle

2012, Juni: Dem Rentner John Roberts wurde von der Polizei die Festnahme angedroht, falls er ein Plakat mit der Aufschrift

„Religionen sind Märchen für Erwachsene“

nicht aus seinem Wohnungsfenster entfernt.

Guyana E

Für schriftlich geäußerte Blasphemie sieht ein Gesetz 1 Jahr Haft vor, es sei denn es handelt sich um religiöse Äußerungen, die

„in gutem Glauben und in sittsamer Sprache“

verfasst sind. Straftaten nach dem Blasphemie-Gesetz scheinen jedoch nicht ernsthaft verfolgt zu werden, 2013 gab es zumindest keinen einzigen Fall.

Indien D

Blasphemie und / oder Religionskritik kann nach Abschnitt 295 des Strafgesetzbuches mit Geldstrafen oder Haft bis zu 3 Jahren belegt werden.

Seit 2011 bestimmt das Ministerium für Kommunikation und Information, dass soziale Netzwerke blasphemische Inhalte innerhalb von 36 Stunden nach Eingang einer Beschwerde zu löschen hätten. Nach den indischen Strafbestimmungen sind Webseiten-Betreiber für alle Inhalte verantwortlich.

Einzelne Fälle

2012, April: Die Katholische Kirche legte gegen den Präsidenten der Indischen Rationalisten-Vereinigung, Sanal Edamaruku auf der Grundlage von Abschnitt 295 des Strafgesetzbuches Beschwerde ein. Edamaruku hatte aufgedeckt, dass das „Wunder“ einer weinenden Jesusstatue auf einen undichten Wasserabfluss zurückzuführen war. Die Polizei forderte Edamaruku auf, sich zu melden und der Anklage zu stellen. Er lebt jetzt im finnischen Exil.³⁹

2013, August: Zwei Motorradfahrer erschossen den Anti-Aberglauben-Aktivist Dr. Narendra Dabholkar. Wenige Tage zuvor hatte die Regierung die Verabschiedung eines auf die Arbeiten von Dr. Dabholkar basierenden Gesetzes gegen Aberglauben versprochen. Rechte und nationalistische Hindu-Gruppierungen bezeichneten den Gesetzesentwurf als „anti-Hindu“. Mit dem kurze Zeit später verabschiedeten Gesetz wird die Ausbeutung von und der Betrug an Menschen mit magischen Ritualen, Talismännern und Heilverfahren verboten.⁴⁰

Indonesien E

Die Verfassung schützt Religions- und Meinungsfreiheit. Dies gilt jedoch nicht für Nicht-Religiöse und Menschen, die nicht an einen Gott glauben.

Sechs Religionen werden offiziell anerkannt: Islam, Katholizismus, Protestantismus, Konfuzianismus, Buddhismus und Hinduismus. Menschen, die sich für keines dieser Angebote entscheiden können, werden amtlich diskriminiert. Dies wirkt sich vor allem auf Eintragungen im Rahmen des Personenstandsrechts wie Eheschließungen und Geburten aus.

In Personaldokumente muss eine der o. g. Religionsgruppen eingetragen sein. Seit 2006 kann für alle anderen Weltanschauungen ein Minus-Zeichen eingetragen werden. Ob es tatsächlich eingetragen wird, hängt von der Willkür des jeweiligen Beamten ab.

Um eine Organisation anzumelden, muss die Übereinstimmung der Organisation mit der Pancasila genannten Grundideologie erklärt werden. Pancasila enthält – in absteigender Reihenfolge – folgende Wertsetzungen:

1. „Das Prinzip der All-Einen Göttlichen Herrschaft (Ketuhanan Yang Maha Esa)
2. Humanismus/Internationalismus(Kemanusiaan/Internationalisme)
3. Nationale Einheit (Persatuan Indonesia)
4. Demokratie (Permusyawaratan/perwakilan)

³⁹ IHEU-Quelle: <http://www.patheos.com/blogs/friendlyatheist/2012/06/10/indian-rationalist-faces-jail-for-exposing-miracle/>

⁴⁰ IHEU-Quelle: <http://iheu.org/story/leading-indian-rationalist-assassinated-gunmen>

5. Soziale Gerechtigkeit (Keadilan Sosial)⁴¹

Atheistische Gruppen können damit nicht zugelassen werden.

Seit der Suharto-Diktatur ist die Bedeutung der Prinzipien 2, 4 und 5 stark zurückgegangen.⁴²

Ein Blasphemiegesetz verbietet die Verbreitung anderer als der o. g. sechs Weltanschauungen. Artikel 156 (a) des Strafgesetzbuches belegt

„das Ausstreuen von Information, die auf die Anstachelung zum religiösen Hass oder Feindseligkeit zielen“

mit Haftstrafen bis zu 5 Jahren.

Seit 2011 gehen die Behörden in der Provinz Aceh wegen vermeintlicher Beleidigung des Islam hart gegen „Punks“ vor. Die von der Polizei verhafteten kommen in Umerziehungslager, die Punk-Frisuren werden abrasiert und die Inhaftierten einer traditionellen Reinigungs-Zeremonie unterworfen.

Einzelne Fälle

2012, Januar: In West-Sumatra wird der Verwaltungsbeamte Alexander Aan festgenommen, nachdem er von militanten Moslems angegriffen worden war. Aan hatte auf Facebook den Islam kritisiert, seine Apostasie verkündet und sich als Atheist geoutet. Die Polizei lastete ihm drei von einander getrennte Anklagepunkte an: Beleidigung der Religion (Maximalstrafe 5 Jahre Gefängnis), die elektronische Verbreitung diffamierender Kommentare (6 Jahre Haft) und falsche Angaben auf einem offiziellen Formular (6 Jahre Haft). Der letzte Punkt bezog sich darauf, dass er sich bei der Einstellung als Moslem ausgegeben hätte, wo er doch in Wahrheit Atheist sei. Im Juni 2012 verurteilte ein Bezirksgericht Alexander Aan zu zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis wegen der

„Verbreitung von Informationen, die zu religiösem Hass und Feindseligkeit anstacheln.“

Dazu kam eine Geldstrafe von 100 Millionen Rupien (10.600 US\$). 2014 soll er freikommen.

Irak E

Die Verfassung garantiert Religions- und Meinungsfreiheit, setzt aber gleichzeitig des Islam als offizielle Religion und erklärt, dass kein Gesetz verabschiedet werden dürfe, das den Vorschriften des Islams widerspreche.

Staatsgesetze verhindern die Konversion von Moslems zu anderen Weltanschauungen und fordern die Konversion minderjähriger Kinder zum Islam,

⁴¹ <http://de.wikipedia.org/wiki/Pancasila>

⁴² ebd.

sofern ein Elternteil zum Islam konvertiert. Die Straf- und Zivilgesetzgebung enthält allerdings keine gesetzlichen Maßnahmen oder Strafen in Bezug auf die Abkehr vom Islam.

Personalausweise enthalten Angaben über die Religionszugehörigkeit, unterscheiden aber nicht zwischen Schiiten und Sunniten. Baha'i und Kakai⁴³ erhalten nur dann Personaldokumente, wenn sie als Religionszugehörigt „moslemisch“ eintragen. Ohne diesen Eintrag erhalten sie keine Reisepässe und können ihre Kinder nicht in Schulen anmelden. In Reisepässen wird die Religionszugehörigkeit nicht eingetragen.

Iran E

In der Islamischen Republik Iran gibt es keine Religions- und Weltanschauungsfreiheit. Jede Islamkritik und Abweichung von der herrschenden Definition des Islam ist gesetzlich verboten.

Der Verfassungsartikel 110 schreibt die absolute Macht eines spirituellen (moslemisch-religiösen und politischen) Führers für alle Zeiten fest. Diese hat die Kontrolle über das Rechtssystem, die Armee, die Polizei, die Medien und über den Präsidenten und das Parlament.

Der Verfassungsartikel 91 setzt einen „Wächterrath“ ein, der die Übereinstimmung aller Gesetze mit den „Kriterien des Islams und der Verfassung“ zu gewährleisten hat. Der Wächterrath hat ein Vetorecht bei der Gesetzgebung. Die Hälfte seiner Mitglieder wird durch den spirituellen Führer eingesetzt, die andere Hälfte durch die Mitglieder der Islamischen Ratsversammlung aus einer vom spirituellen Führer nominierten Auswahl von moslemischen Juristen gewählt.

Alle 12 Mitglieder prüfen die Übereinstimmung der Gesetzgebung mit der Verfassung, nur die 6 direkt vom spirituellen Führer eingesetzten Mitglieder bestimmen über die Übereinstimmung mit dem Islam. Entscheidungen werden mit einfacher Mehrheit getroffen. In der Praxis können 4 religiöse Führer jedes Gesetz durchsetzen oder verhindern.

Artikel 12 und 13 teilen die Staatsbürger des Irans in vier religiöse Kategorien auf: Moslems, Zoroasten, Juden und Christen. Nichtgläubige sind nicht vorgesehen und genießen keinerlei Schutzrechte. Z. B. können sie nicht zum Universitätsstudium zugelassen werden. Das Gleiche gilt für andere Religionsgemeinschaften wie z. B. die Bahá'i.

Regierungsmitglieder und hohe Beamte müssen Moslems sein.

Nicht-Moslems können weder Parlamentsabgeordnete noch Mitglieder des Wächterraths werden.

⁴³ eine kurdische Religionsgemeinschaft mit alevitischen Elementen (<http://de.wikipedia.org/wiki/Kakai>)

Im Iran gilt eine harte Form der Scharia. Ein weites Spektrum politischer, sozialer und moralischer Vergehen wird mit Auspeitschen, Amputationen und Hinrichtungen geahndet. 2013 erhielt das Strafgesetzbuch einen Zusatz, der die Steinigung aufhob. Weiterhin werden jedes Jahre hunderte von Hinrichtungen durch Hängen durchgeführt – viele davon wegen des Verbrechens „Feindschaft gegen Gott“ (Moharebh⁴⁴)

Das Strafsystem differenziert bei der Religionszugehörigkeit von Tätern und Opfern:

- Ehebruch: Ein Moslem, der mit einer Muslima Ehebruch begeht wird mit 100 Peitschenhieben bestraft (Artikel 8811). Ein Nicht-Moslem, der Ehebruch mit einer Muslima begeht erhält die Todesstrafe (Artikel 82-c12). Ein Moslem, der Ehebruch mit einer Nicht-Muslima begeht, bleibt straffrei.
- Homosexualität: Homosexuelle Handlungen „ohne Höhepunkt“ zwischen zwei moslemischen Männern wird mit 100 Peitschenhieben geahndet (Artikel 12113), ist der „aktive Partner“ ein Nicht-Moslem, wird er zum Tode verurteilt.
- Störung der Totenruhe: Ist der Hingeschiedene Moslem, sieht Artikel 49418 Strafen vor, die Störung der Totenruhe von Nicht-Moslems ist straffrei.

Irland C

Nach Abschnitt 36 des irischen Anti-Diffamierungsgesetzes von 2009 kann blasphemisches Material mit Geldstrafen bis zu 25.000 € belegt werden. Dies wird definiert als

„Material, das sich derb ausfällig oder beleidigend auf Angelegenheiten bezieht, die von irgendeiner Religion als heilig angesehen werden und damit die Empörung eines erheblichen Anteils der Mitglieder dieser Religion erregt.“

Als Verteidigung in einer Verhandlung

über eine Straftat des Angeklagten gemäß dieses Abschnitts gilt jedoch der Nachweis, dass eine vernünftige Person in dem Material ernst zu nehmende literarische, künstlerische, politische, wissenschaftliche oder akademische Werte vorfindet“⁴⁵

⁴⁴ Laut der deutschen Wikipedia: „Kriegsführung gegen Gott und seinen Propheten“. In der Rechtsliteratur stehen beide Begriffe für alle räuberischen Handlungen, ferner für Ungehorsam gegenüber der Obrigkeit. (<http://de.wikipedia.org/wiki/Mohareb>)

⁴⁵ Art. 36 (3) <http://www.irishstatutebook.ie/2009/en/act/pub/0031/print.html>, Übersetzung von mir, hst

Schüler können zwar vom Religionsunterricht abgemeldet werden, die Eltern haben in den Zeiten des nicht besuchten Unterrichts aber die Aufsichtspflicht über ihre Kinder. Öffentliche Schulen, die von Religionsgruppen betrieben werden, können Schüler ablehnen, die nicht deren Religionsgemeinschaft angehören. Das Personal kann ebenfalls nach den Kriterien der Religionsgemeinschaft ausgewählt werden.

Der Staat hat die Kontrolle über den Unterricht weitgehend an die Religionsgemeinschaften – vor allem die Römisch-Katholische Kirche – ausgelagert. Auf die Belange dieser Religionsgemeinschaften wird selbst dann noch von der Polizei und anderen Behörden Rücksicht genommen, wenn es Berichte über physische, psychische oder sexuelle Misshandlungen gibt. Erst seit diese Berichte Anfang des 21. Jahrhunderts häuften, gibt es erste Ansätze der Behörden, die umfassende Macht der katholischen Kirche im Schulwesen einzuschränken.

Im öffentlichen Dienst, inklusive Richter und dem Präsidenten, ist der religiöse Amtseid obligatorisch.

Island D

Das Strafgesetzbuch sieht für Verhöhnung oder Herabsetzung religiöser Glaubensgrundsätze oder von Gottesdiensten legaler Religionsgemeinschaften Geldstrafen und Haft bis zu 3 Monaten vor.

Eine Befreiung vom Religionsunterricht ist zwar möglich, es gibt jedoch keine alternativen Angebote. Aufgrund der bevorzugten und auch im Bewusstsein der Isländer fest verankerten Stellung der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Island riskieren Schüler, die sich vom Religionsunterricht abmelden, von Mitschülern gemobbt zu werden.

Israel D

Israel hat keine Verfassung sondern lediglich ein Grundgesetz. Dieses enthält zwar die allgemeine Bekenntnisfreiheit, Einzelgesetze proklamieren jedoch mit Bezug auf einen „Jüdischen Staat“ Werte des orthodoxen Judentums. Zum Beispiel ist die Schweinehaltung eingeschränkt und jüdische Hotels müssen ausschließlich kosheres Essen anbieten.

Orthodoxe Juden beherrschen das Personenstandsrecht, was besonders nicht-orthodoxe oder säkulare Juden benachteiligt. Nicht-orthodoxe Juden müssen zur Eheschließung das Land verlassen, wenn sie nicht von einem orthodoxen Rabbi getraut werden wollen oder wenn orthodoxe Kleriker Einwände gegen diese Ehe erheben. In Israel gibt es keine Zivilehe. Mehrere hunderttausend Juden können also nicht im eigenen Land heiraten.

Seit 2010 ist für nicht-religiöse Juden immerhin eine zivile eingetragene Lebensgemeinschaft möglich („couplehood union“ status)

Artikel 173 des Strafgesetzbuches sieht für jemanden, der

„etwas veröffentlicht, was geeignet ist, den religiösen Glauben oder die Gefühle anderer grob zu beleidigen“

oder für denjenigen, der

„in der Öffentlichkeit für andere Personen hörbar irgendein Wort oder Geräusch von sich gibt, das geeignet ist, den religiösen Glauben oder die Gefühle anderer grob zu beleidigen“

eine Haftstrafe von bis zu einem Jahr vor.

Italien C

Strafgesetzbuch-Artikel 724 belegt Blasphemie als Ordnungswidrigkeit, die mit einer Geldstrafe belegt wird.

Das Verwaltungsrecht fordert, dass in allen Klassenräumen der staatlichen Schulen Kruzifixe aufgehängt werden. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte urteilte im März 2011, dass Kruzifixe, die traditionsgemäß in Schulräumen aufgehängt werden, nicht die Rechte von Nicht-Katholiken verletzen.

Einzelfälle

2010, Oktober: Der damalige italienische Außenminister Franco Frattini rief Moslems, Juden und Christen auf, sich im Kampf gegen die Bedrohung durch den Atheismus zu verbünden.⁴⁶

Jemen E

Die Verfassung erklärt den Islam zur Staatsreligion und das Islamische Recht zur Quelle der gesamten Gesetzgebung. Die islamische Rechtsprechung koexistiert dabei allerdings in einer Art hybriden System mit dem Gewohnheitsrecht und dem Zivilrecht.

Die Regierung verbietet die Missionierung von Muslimen zur anderen Religionen oder Weltanschauungen.

Die Verspottung jeglicher Religion wird bestraft, wenn der Spott auf den Islam abzielt, fallen die Strafen höher aus.

Verunglimpfung des Islam oder die Konversion vom Islam zu einer anderen Religion werden als Apostasie angesehen. Apostasie ist ein Kapitalverbrechen, das mit dem Tod bestraft werden kann. Die Regierung hält sich bei der

⁴⁶ Bei der selben Gelegenheit sagte der mit dem Pius-Orden ausgezeichnete Frattini: „Ateismo, materialismo e relativismo sono fenomeni perversi che minacciano la società, al pari dell'estremismo.“ (L'Osservatore Romano, 22 ottobre 2010)

Vollstreckung von Todesstrafen allerdings zurück. Der Glaubensabfällige erhält drei Gelegenheiten zur reuigen Rückkehr.

Apostaten dürfen keine Moslems heiraten. Außerdem verlieren sie das Sorgerecht über ihre Kinder.

Präsident kann nur jemand werden, der seine „islamischen Pflichten“ erfüllt, Parlamentsabgeordnete müssen nicht zwangsläufig Moslems sein. Nichtreligiöse dürfen nicht im öffentlichen Dienst arbeiten.

Lokale Gesetze und Vorschriften beruhen auf Gewohnheitsrecht und diskriminieren Frauen und Nicht-Moslems. Muslimas können Nicht-Moslems nicht heiraten, Moslems dürfen ihre Gattinnen aus den drei abrahamitischen Religionen auswählen.

Jordanien E

Artikel 14 der Verfassung garantiert Religionsausübung – soweit sie mit den Bräuchen des Königreichs übereinstimmt und sie die öffentliche Ordnung und Moral nicht verletzen. Die Staatsreligion ist der Islam, und der König muss Moslem sein.

Artikel 103 bis 106 der Verfassung unterstellen das Personenstandswesen von Moslems der ausschließlichen Rechtsprechung von Scharia-Gerichten der sunnitischen Hanafi-Schule des Islam. Das Personenstandsrecht umfasst Religionsfragen, Heirat, Scheidung, Kindererziehung und Erbschaftsrecht.

Das Personenstandswesen von Mitgliedern anderer Religionsgemeinschaften untersteht nach Artikel 108 der Verfassung den jeweiligen Religionstribunalen.

Die Loslösung vom Islam und die Missionierung von Moslems mit anderen Weltanschauungen ist verboten. Es drohen Gefängnisstrafen. Das Strafgesetzbuch sieht für Beleidigung des Islam, des Propheten Mohammed oder der [religiösen] Gefühle von Moslems Haftstrafen von bis 3 Jahren vor. Selbst die Veröffentlichung von Fakten, die ein negatives Licht auf die Religion oder das Herrscherhaus werfen könnten, kann mit Haftstrafen geahndet werden. Im Pressegesetz wurde dies zwar 2007 aufgehoben, Journalisten können jedoch nach wie vor für Verstöße gegen das Strafgesetzbuch eingelocht werden.

Atheisten müssen sich einer der anerkannten Religionsgemeinschaften zugehörig erklären, z. B. bei der Aufnahme einer Beschäftigung im öffentlichen Dienst.

Säkulare und humanistische Organisationen sind verboten.

Kanada C

In sechs von zehn Regionen erhalten, abgesehen von staatlichen Schulen, ausschließlich katholische Schulen staatliche Mittel (in Ontario 100 %-

Finanzierung). Der Zugang zu Beschäftigungsverhältnissen in diesen Schulen wird durch die katholische Kirche reguliert. In diesen Schulen ist der katholische Religionsunterricht Pflichtfach – ohne säkulare Alternativen. Nicht-katholischen Kindern kann der Zugang zu diesen Schulen verwehrt werden.

16 Prozent der Kanadier bezeichnen sich als nicht-religiös. Da das Land sehr dünn besiedelt ist, sind katholische Schulen oft die einzigen Anbieter von Unterricht. Nicht-religiöse haben hier ein Problem.

Kasachstan D

Blasphemie und Religionskritik werden laut Artikel 164 des Strafgesetzbuches mit Geldstrafen oder bis zu 7 Jahren Haft geahndet.

Einzelne Fälle

Mai 2013: Der atheistische Publizist und Anti-Korruptions-Aktivist Aleksandr Kharlamov wird wegen „Anstachelung zu religiösem Hass“ festgenommen und in die Psychiatrie eingewiesen. In den ersten drei Monaten seiner Zwangsunterbringung verlor er 20 kg Körpergewicht. Bei einer Verurteilung drohen ihm 7 Jahre Gefängnis.⁴⁷

Katar E

Apostasie vom Islam kann mit dem Tode bestraft werden, Blasphemie mit bis zu 7 Jahren Haft. Seit 1971 ist allerdings kein Todesurteil wegen Glaubensabfall bekannt geworden.

Der Islam ist die Staatsreligion, und die Scharia ist die Hauptquelle der Gesetzgebung. Andere als die drei abrahamitischen Religionen sind nicht anerkannt.

Außer für den Islam sind Missionierungen durch jede Organisation, Gesellschaft oder Stiftung seit 1973 verboten und werden mit bis zu 10 Jahren Gefängnis geahndet. Missionierungsversuche von Individuen können diese für bis zu 5 Jahren hinter Gittern bringen. In der Regel werden Missionare unauffällig abgeschoben.

Für Handlungen der Diffamierung, Entweihung oder Blasphemie, die gegen den Islam, das Christentum oder die Jüdische Religion gerichtet sind, legt das Gesetz Haftstrafen bis zu 7 Jahren und oder Geldstrafen von 1.000 Katar-Riyal (275 US\$) fest. Dies gilt für die Herstellung oder Verbreitung von Materialien mit Sprüchen, Bildern oder Symbolen, die diese drei Religionen diffamieren. Dasselbe Gesetz verbietet die Veröffentlichung von Texten, die soziale Unordnung oder religiösen Unfrieden provozieren.

⁴⁷ IHEU-Quelle:

www.odfoundation.eu/en/publications/1222/kazakhstan_civic_activist_prosecuted_for_his_religious_beliefs

Im vereinheitlichen Gerichtswesen wird für das Personenstandswesen die Scharia angewendet – das umfasst Erbschaft, Heirat, Scheidung und das elterliche Sorgerecht. Zeugenaussagen von Männern werden höher gewertet als die von Frauen. Wenn eine Nicht-Muslima einen Moslem heiratet, braucht sie nicht zu konvertieren – ihre Kinder sind aber automatisch Moslems. Ein Nicht-Moslem darf keine Muslima heiraten.

Manche Straftatbestände wie z. B. Trunkenheit treffen nur Moslems. Moslems können ggf. Haftstrafen verkürzen, wenn sie in der Haft den Koran auswendig lernen.

Kenia C

Religions- und Meinungsfreiheit werden in der Verfassung von 2010 garantiert. In derselben Verfassung wird den Religionsgerichten zugestanden, im Zivilrecht über eine ganze Reihe von Fällen nach islamischem Recht zu entscheiden. Dies umfasst Fälle, die sich auf den Familienstand, Eheschließungen, Scheidungen und Erbschaften beziehen – wenn alle Prozessbeteiligten Moslems sind (ca. 10 % der Bevölkerung).

Hassredengesetz

Im Rahmen eines bereits existierenden Hassredengesetzes kündigte die Regierung 2012 an, Textnachrichten und Internet-Kommunikation auf Hinweise auf Hassreden zu überwachen. Die Höchststrafe für erwischte Hassredner oder Hassreden-Verbreiter wurde auf 5 Millionen Schillinge (58.100 US\$) festgesetzt.

Komoren E

Ein im Mai 2009 durchgeführtes Verfassungsreferendum legt fest:

„Islam ist die Staatsreligion“

- Das Rechtssystem basiert auf der Scharia und auf der französischen Gesetzgebung.
- Missionierungen für alle Religionen und Weltanschauungen mit Ausnahme des Islam ist illegal, Ausländer, die dies tun, werden deportiert.
- Apostasie als Loslösung vom Islam ist illegal und kann mit Freiheitsstrafen geahndet werden.
- Blasphemie und Religionskritik sind illegal und können mit Freiheitsstrafen geahndet werden.

Kongo, Demokratische Republik (Zaire) D

Zu Schikanen, Verfolgungen und Morden kommt es vor allem in den östlichen Regionen durch Brügerkriegsarmeen verschiedener Warlords.

Kuwait E

Laut Verfassung ist der Islam Staatsreligion und die Scharia die grundlegende Quelle für die Gesetzgebung.

Apostasie, Religionskritik und Blasphemie werden mit Haftstrafen geahndet.

Das Presse- und Veröffentlichungs-Gesetz von 1961 verbietet die Veröffentlichung jeglichen Materials, das Angriffe auf Religionen enthält.

Einzelne Fälle

Im Frühjahr 2012 veröffentlichte der Schiit Hamad Al-Naqi angeblich auf Twitter eine Reihe von posts, die die sunnitischen Herrscher Saudi-Arabiens, Bahrain, den Propheten Mohammed und seine Frau Aisha und ihre Anhänger kritisierten. Mehrere Mitglieder der Nationalversammlung forderten daraufhin die Todesstrafe für Al-Naqi. Dieser erklärte sich für nicht schuldig, er sein nicht verantwortlich für die posts, sein Account sei gehackt worden.

Im Juni 2012 wurde Al-Naqi für schuldig befunden,

„den Propheten, die Frau und Gefährten des Propheten beleidigt und den Islam verspottet zu haben, sektiererische Spannungen provoziert zu haben, die Herrscher von Saudi-Arabien und Bahrein beleidigt zu haben und sein Mobiltelefon zur Verbreitung von Meinungsäußerungen missbraucht zu haben.“

Al-Naqi wurde zu 10 Jahren Haft verurteilt. Bereits Wochen nach seiner Einlieferung wurde er im Gefängnis angegriffen und aus Sicherheitsgründen in Einzelhaft gesteckt.⁴⁸

Libanon D

Auch wenn die Verfassung, andere Gesetze und die Politik Religions-, Glaubens- und Ausdrucksfreiheit garantieren ist es für Nicht-Religiöse ratsam, sich eine Religionszugehörigkeit zu suchen. Nicht-Religiöse erhalten keine Arbeitsstellen im öffentlichen Dienst.

Laut Verfassung müssen Christen und Moslems im Parlament, im Kabinett und auf hohen Verwaltungsposten paritätisch vertreten sein. Dabei sind diese Posten proportional auf die einzelnen anerkannten Religionsgruppen aufzuteilen.

Der Nationalpakt von 1943 sieht vor, dass der Präsident, der Premierminister und der Parlamentssprecher maronitische Christen, sunnitische Moslems und schiitische Moslems sein müssen. Dies wurde mit dem Ende des Bürger-

⁴⁸ IHEU-Quelle:

<http://content.usatoday.com/communities/ondeadline/post/2012/06/kuwait-blogger-gets-10-years-for-insulting-prophet-mohammad/1>

kriegs 1989 im Großen und Ganzen bestätigt, allerdings wurden die Befugnisse des maronitischen Präsidenten eingeschränkt.

Bis 2013 gab es keine Zivilehe. Im April 2013 wurde das erste Paar im Libanon – und im gesamten arabischen Raum – standesamtlich verheiratet. Vorher schon waren – wie in Israel – im Ausland geschlossene Zivilehen unabhängig von der Religionszugehörigkeit anerkannt worden.

Obwohl gesetzlich nicht vorgesehen, wird die Religionszugehörigkeit im Personalausweis und in anderen amtlichen Papieren eingetragen. Die Staatsbürger können bei Religionswechsel aber auf Änderung des Eintrags bestehen.

Öffentliche Blasphemie gegen Gott wird nach dem Strafgesetzbuch mit bis zu einem Jahr Haftstrafe geahndet.

Libyen E

Die nach dem Sturz Gaddafis eingeführte provisorische Verfassung erklärt den Islam zur Staatsreligion. Das islamische Recht ist die primäre Quelle für die Gesetzgebung. Nicht-Muslime hätten allerdings Religionsfreiheit. Religiöse Diskriminierung hinsichtlich der juristischen, politischen und zivilen Rechte sei verboten.

Obwohl es dafür keine Gesetzesgrundlage gibt, ist das Missionieren von Moslems durch andere Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften verboten.

Islamischer Religionsunterricht ist in öffentlichen und privaten Schulen Pflicht.

Das Familienrecht wird durch die Scharia bestimmt. Muslimische Männer dürfen Nicht-Muslimas heiraten, nicht-muslimische Männer, die eine Muslima heiraten wollen, müssen zum Islam konvertieren.

Malaysia E

Die Verfassung schützt Religions- und Glaubensfreiheit.

Jeder malaiische Bürger über 12 Jahren muss einen Personalausweis bei sich führen, in dem seine Religionszugehörigkeit eingetragen ist.

Ethnische Malaien werden per Verfassung als Moslems definiert. Staatliche Behörden verwalten Scharia-Gesetze über islamische Gerichte, und diese haben die Rechtshoheit über alle Moslems. In den meisten Bundesstaaten mischen sie sich nicht in die Angelegenheiten von Nicht-Moslems ein. Allerdings wird erwogen, Scharia-Elemente (wie die Regelung physischer Nähe Angehöriger verschiedener Geschlechter) im Zivil- und Strafrecht allgemeinverbindlich zu machen. In manchen Bundesstaaten ist dies bereits umgesetzt, und Verstöße können mit Kombinationen von Haftstrafen von bis zu 2

Jahren und Geldstrafen von bis zu 3.000 malayischen Ringgit (940 US\$) belegt werden; möglich sind auch Stockschläge.

In Kelantan und Terengganu wurden 1993 und 2002 Gesetze verabschiedet, die Apostasie als Abfall vom Islam zum Kapitalverbrechen erklären. Bisher wurde deswegen niemand verurteilt, weil der Generalstaatsanwalt 1993 feststellte, dass die Durchführung dieser Gesetze eine Verfassungsänderung für ganz Malaysia erforderlich machten. Landesweit gilt bisher, dass Moslems, die zu einer anderen Religion konvertieren möchten, die Zustimmung eines Scharia-Gerichts einholen müssen. Scharia-Gerichte neigen in der Regel nicht dazu, dem Ersuchen nachzukommen, sondern belegen die Apostaten mit einer zwangsweisen „Rehabilitation“.

Artikel 295 bis 298A des Strafgesetzbuches sehen für die „Angriffe auf Religion“ bis zu drei Jahren Haft und eine Strafe von umgerechnet 1.000 US\$ vor.

Einzelne Fälle

2001 bat Lina Joy, die 10 Jahre zuvor zum Christentum konvertiert war, darum, den Eintrag „Islam“ aus ihrem Personalausweis zu entfernen. Der Richter des zuständigen Scharia-Gerichts hielt dem entgegen:

„Da die Antragsstellerin Malain ist, ist sie Islamischem Recht unterworfen bis sie stirbt.“

Nach mehreren weiteren vergeblichen Anläufen wandte sich Joys Anwalt an das Oberste Appellationsgericht des Landes und argumentierte, ihre Konversion sei durch die Verfassung gedeckt und keine Religionsangelegenheit für Scharia-Gerichte. Der Berufungsantrag wurde zurückgewiesen. Das Gericht urteilte, das Gesetz erkenne die Konversion von Lina Joy nicht offiziell an. In den meisten malaiischen Staaten sei Apostasie zudem strafbar.

Malediven E

Die Verfassung legt den Islam als Staatsreligion fest. Die Regierung und viele Bürger gehen davon aus, dass jeder Staatsbürger Moslem sein muss.

Das Zivilrecht untersteht dem Islamischen Recht. Äußerungen gegen den Islam werden mit 2 bis 5 Jahren Haft oder Hausarrest bestraft.

Artikel 36 (c) der Verfassung verpflichtet Schulen, zum „Gehorsam gegenüber dem Islam“ zu erziehen und den Schülern die „Liebe zum Islam“ „einzuimpfen“. Da allgemeine Schulpflicht besteht, sieht die NGO Forum 18 dies als Verpflichtung aller Eltern, ihre Kinder als Moslems zu erziehen, auch wenn sie selbst keine Moslems sind. Der Islamunterricht wird vom Ministerium für Islamische Angelegenheiten bestimmt. Dasselbe Ministerium zertifiziert die Imame, deren Predigten der staatlichen Kontrolle unterliegen.

Laut Verfassung muss der Präsident Sunnit sein. Nicht-Moslems sind weder wahlberechtigt noch dürfen sie im öffentlichen Dienst beschäftigt werden.

Die Malediverin darf keinen Nicht-Moslem heiraten. Ein Malediver darf eine Nicht-Muslima heiraten, sofern sie einer der beiden anderen abrahamitischen Religionsgruppen angehört.

Einzelne Fälle

2010, Juni: Auf einer öffentlichen Großveranstaltung fragte Mohammed Nazim einen muslimischen Geistlichen, wie der Islam Menschen wie ihn sieht, der versucht habe, an den Islam zu glauben, dem es aber nicht gelinge. Der Geistliche antwortete, dass der Islam für Apostasie die Todesstrafe vorsehe. Mehrere empörte Teilnehmer der Veranstaltung versuchten, Nazim anzugreifen und wurden von Polizisten abgedrängt. Das Islam-Ministerium ordnete seelsorgerische Maßnahmen für Nazim an, bevor es über seine Hinrichtung entscheiden wollte. Nazim rettete sein Leben, indem er einwilligte, den muslimischen Glauben anzunehmen. Einen Monat später wurde der 25jährige Fluglotse Ismail Mohamed Didi vor dieselbe Alternative gestellt: Glauben oder sterben. Didi entschied sich für letzteres und erhängte sich am Flugkontrollturm des Internationalen Flughafens der Malediven. Kurz vor seinem Tod schrieb es, es sei eine Dummheit gewesen, gegenüber Arbeitskollegen seine Einstellung zur Religion einzugestehen. Er fügte hinzu, vielen seiner Freunde und seiner Freundin hätten die Eltern verboten, ihn zu treffen. Dazu hätte es anonyme telefonische Gewaltandrohnungen gegeben, wenn er nicht bereuen und den Islam praktizieren würde.

„So habe ich am eigenen Leibe erfahren, dass es für nicht-moslimische Maledivier in dieser Gesellschaft keinen Platz gibt.“

Malta D

Artikel 2 der Verfassung legt fest:

- „(1) Die Religion von Malta ist die Römisch-Katholische Apostolische Religion.
- (2) Die Obrigkeit der Römisch-Katholischen Apostolischen Kirche hat die Pflicht und das Recht zu lehren, welche Grundsätze richtig und welche falsch sind.“

Blasphemie – wörtlich: die „Schmähung“ der Katholischen Kirche – wird nach Artikel 163 des maltesischen Strafgesetzbuches mit Haft von einem bis sechs Monaten bestraft. Artikel 342 ergänzt:

„Wo die Tat in der Äußerung blasphemischer Wörter oder Ausdrücke besteht [... beträgt die] Höchststrafe ... drei Monate.“

Das Schulwesen wird von der Römisch-Katholischen Kirche dominiert.

Marokko (inklusive West-Sahara) E

Laut Verfassung ist der Islam Staatsreligion mit dem König als weltlichem und religiösem Oberhaupt.

Für Meinungsäußerung, die den Islam beleidigen könnten, können alle Staatsbürger gerichtlich bestraft werden – das gilt auch für Parlamentsabgeordnete, die ansonsten durch ihre Immunität vor gerichtlicher Verfolgung gefeit sind.

Apostasie ist zwar nicht ausdrücklich verboten – eine Reihe von Blasphemiegesetzen deckt diesen Bereich jedoch vollkommen mit ab. Die oberste Religionsbehörde, der Ulema-Rat von Marokko, setzte sich im April 2013 vehement für die Todesstrafe für Apostasie ein.

Die Mission durch die staatsnahe sunnitische Maliki-Rechtsschule ist ausdrücklich erlaubt, Mitglieder dieser Gruppe dürfen jedoch nicht durch andere missioniert werden.

Die Behinderung der Religionsausübung wird nach Artikel 220 des Strafgesetzes mit Haftstrafen von 3 bis 6 Monaten und mit Geldstrafen von 115 bis 575 Dirham (16 bis 79 US\$) geahndet. Dieselbe Strafe gilt für den Versuch, Moslems zur Konversion zu einer anderen Religion anzustiften.

Eine Sondergesetzgebung für Juden regelt die Behandlung die Familienrechts für Juden in Familiengerichten unter der Aufsicht eines Rabbiners.

Für Mitglieder aller anderen Religionsgemeinschaften gilt das islamische Recht.

Bei Abfall vom Islam oder vom Judentum wird das Sorgerecht für die Kinder entzogen.

Moslems dürfen auch Nicht-Muslimas heiraten, Eheanwärter für Muslimas müssen vor der Eheschließung zum Islam konvertieren.

Vereinigungen und Versammlungen, die den Islam untergraben, sind verboten.

The public assembly law states that any association that seeks to undermine Islam is invalid.

In den letzten Jahren waren Schiiten, moslemische Konvertiten zum Christentum und Verweigerer des Ramadan Verhaftungswellen ausgesetzt.

Ein Gesetz von 2002 sieht für kritische Äußerungen zum Islam, zu Monarchie und zur Integrität des Staates in Medien Haftstrafen vor. Entsprechende Webseiten werden abgeschaltet. Kritische Blogger werden inhaftiert.

In der von Marokko seit Jahrzehnten illegal besetzten Region West-Sahara werden die Medien noch strenger kontrolliert.

Einzelne Fälle

2012, Juni: Dem säkularen Blogger Mohamed Sokrate werden von den Behörden Drogen untergeschoben. Um ihn zu zwingen, ein „Geständnis“ zu unterschreiben, wurden seine Eltern verhaftet.⁴⁹

Seit 2010 betreibt Kacem El Ghazzali (geb. 1990) einen atheistischen Blog. Er erhielt Morddrohungen und wurde von Mitstudenten mit Steinen beworfen. 2013 floh El Ghazzali in die Schweiz. Er arbeitet mittlerweile sporadisch für die IHEU als Gastvertreter bei den Vereinten Nationen⁵⁰.

Mauretanien E

Die Verfassung von 1991 definiert Mauretanien als Islamische Republik. Der Islam ist die einzige anerkannte Religionsgemeinschaft. Kein Nicht-Moslem kann Bürger des Landes sein. Mit der Ablösung vom Islam verliert ein Einwohner automatisch seine Staatsbürgerschaft.

Apostasie ist nach Artikel 306 des Strafgesetzes verboten. Der Betroffene hat drei Tage Zeit, sich wieder zum Islam zu bekennen. Tut er es nicht, wird er zum Tode verurteilt, sein Vermögen wird vom Fiskus eingezogen.

Das Rechtssystem basiert auf der Scharia. Durchgesetzt wird dies durch ein Ministerium für Islamische Angelegenheiten und traditionelle Erziehung sowie durch einen Islamischen Hohen Rat, der auch sechs Imamen besteht.

Die Teilnahme am Islamunterricht ist in allen Schulstufen Pflicht.

Montenegro C

Das Strafgesetzbuch schreibt für die Einschränkung der persönlichen Religionsfreiheit eine Geldstrafe oder eine Haftstrafe von bis zu 2 Jahren vor. Darunter fällt allerdings auch die Verspottung religiöser Symbole. Diese kann mit Gefängnisstrafen von 6 Monaten bis 10 Jahren geahndet werden.

Myanmar D

Myanmar erlebte nach Jahren der Militärdiktatur zur Zeit eine rasante Entwicklung hinsichtlich der Ausweitung individueller Freiheitsrechte.

Es gibt zwar keine offizielle Staatsreligion, gleichwohl wird im Artikel 361 die besondere Stellung des Buddhismus als Religion der überwiegenden Mehrheit der Staatsbevölkerung hervorgehoben. Die Regierung begünstigt den

⁴⁹ <http://en.rsf.org/morocco-blogger-gets-two-year-jail-15-06-2012,42803.html> (Quelle im IHEU-Bericht angegeben)

⁵⁰ <http://www.spiegel.de/international/world/moroccan-blogger-champions-freedom-in-swiss-exile-a-891561.html> (Quelle im IHEU-Bericht angegeben)

Theravada-Buddhismus⁵¹. Die Zugehörigkeit zu dieser Religionsgemeinschaft ist eine ungeschriebene Voraussetzung, um in öffentlichen Ämtern Karriere zu machen.

Artikel 362 sieht auch

„Christentum, Islam, Hinduismus und Animismus als in der Union existierende Religionen ... an“

Im Oktober 2012 kamen bei gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Moslems der ethnischen Minderheit der Rohingya und Buddhisten der buddhistischen Mehrheit der Rakhine⁵² 250 Menschen ums Leben, mehr als 100.000 Menschen wurden vertrieben. Dörfer der ebenfalls muslimischen Minderheit des Kaman-Volkes wurden in einer zweiten Gewaltwelle niedergebrannt.⁵³

Die Staatsbürgerschaft der Rohingya wird von der Regierung nicht anerkannt, ihnen werden schulische und universitäre Bildung vorenthalten, und sie werden nicht im öffentlichen Dienst beschäftigt. Rohingya-Paare brauchen eine amtliche Erlaubnis zur Eheschließung, die Zahl ihrer möglichen Kinder wird behördlich begrenzt. Der Zugang zum Gesundheitssystem ist ebenfalls eingeschränkt.

Schüler können sich zwar vom Buddhismus-Unterricht befreien lassen, die Teilnahme am täglichen buddhistischen Schulgebet ist jedoch obligatorisch.

Buddhist doctrine remains part of the state-mandated curriculum in all

Nepal C

Trotz sekulärem Selbstverständnis ist das Töten von Kühen verboten. Auch der Vorsatz ist strafbar. Zuwiderhandeln kann mit einer Haftstrafe von bis zu 12 Jahren geahndet werden.

Neuseeland D

Neuseeland hat keine geschriebene Verfassung. Jede Parlamentssitzung beginnt mit einem christlichen Gebet. Staatsbegräbnisse sind grundsätzlich religiös organisiert, auch wenn der Verblichene keiner Religion angehörte.

Abschnitt 123 des Strafgesetzbuches von 1961 belegt „blasphemische Beleidigung“ mit einer Haftstrafe bis zu einem Jahr. Es gibt keine Berichte über Verurteilungen nach diesem Gesetz.

⁵¹ Dieser gilt als die älteste Schule des Buddhismus und ist vor allem in Südasien und Südostasien verbreitet. (<http://de.wikipedia.org/wiki/Theravada>)

⁵² http://en.wikipedia.org/wiki/Rakhine_people

⁵³ siehe die entsprechende Fußnote bei Sri Lanka

Nigeria E

Die an sich in der Verfassung verankerten Freiheitsrechte werden auf allen politischen Ebenen – Staat, Regionen, Kommunen – häufig verletzt. Dasselbe gilt für nicht-staatliche paramilitärische und terroristische Gruppen, wie z. B. die gewalttätige islamistische Boko Haram.

Es gibt erhebliche Feindseligkeiten zwischen verschiedenen Religionsgemeinschaften – vor allem zwischen Christen und Muslimen. Sie münden immer wieder in Gewaltsexzessen mit mehreren hundert Toten. Die Täter haben keine Strafverfolgung zu befürchten [höchstens Racheakte der Parteiläufer der Opfer, hst]

In 12 nördlichen Bundesstaaten beruht die Gesetzgebung und Rechtsprechung auf der Scharia. Blasphemie, Kritik an islamischen Glaubensinhalten, Praktiken und Führungspersonen sowie Abfall vom Glauben wird bestraft – in einigen Gebieten mit dem Tod. Vor diesen Gerichten werden Zeugenaussagen von Frauen und von Nicht-Moslems geringer gewichtet als die von muslimischen Männern.

Die Terroristengruppe Boko Haram tötet jeden, den sie als Feind oder Kollaborateur ihrer Feinde ansehen, auch Kinder. Auch Medienbetriebe sind Ziele von Angriffen. Im Juni 2012 bombardierte Boko Haram die Büros der großen Tageszeitung „Thisday“⁵⁴.

Seit mehr als einem Jahrzehnt weigert sich die nigerianische Regierung, die Gruppe Nigerian Humanist Movement als legale Gruppe anzuerkennen. Immer wieder seien irgendwelche willkürlich geänderten Kriterien nicht erfüllt.⁵⁵

Oman D

Das Grundgesetz erklärt den Islam zur Staatsreligion und die Scharia als Grundlage der Gesetzgebung. Allerdings fußt diese weitgehend auf zivilem Recht und die Scharia-Gerichte wurden 1999 durch Zivilgerichte ersetzt.

Apostasie vom Islam ist zwar weder eine Straftat noch ein Zivilvergehen, gleichwohl wird sie hart bestraft. Das Personenstandsrecht entzieht einem Vater, der sich vom Islam löst, die elterlichen Rechte für seine Kinder.

Die Diffamierung jeden Glaubens ist eine Straftat und wird mit bis zu 3 Jahren Haft und einer Geldstrafe von 500 Rial (1.300 US\$) geahndet. Dies betrifft jeden, der

„öffentlich Gott oder seine Propheten lästert“,

⁵⁴ <http://www.thisdaylive.com/>

⁵⁵ <http://dialogueseriesnew.blogspot.co.uk/2011/10/usa-africa-dialogue-series-humanism-and.html>

einen Affront gegen religiöse Gruppen in gesprochener oder geschriebener Sprache begeht oder den Frieden einer gesetzlich erlaubten religiösen Versammlung stört.

Internetveröffentlichungen, die

„geeignet sind, die öffentliche Ordnung oder religiöse Werte“

zu beeinträchtigen, sind ebenfalls strafbar und werden mit Haftstrafen zwischen 1 Monat und 1 Jahr und Geldstrafen von mindestens 1.000 Rial (2.600 US\$) belegt. Das Anzetteln religiösen oder konfessionellen Unfriedens wird mit bis zu 10 Jahren Gefängnis bestraft.

Während [sunnitische] Moslems im Personenstandswesen der zivilen Gerichtsbarkeit zugeordnet sind, können Nicht-Moslems in diesen Angelegenheiten ihren Glaubensvorschriften folgen. Schiiten können diese Fälle der schiitischen außergerichtlichen Rechtsprechung anvertrauen.

Österreich

Der 8. Abschnitt des Strafgesetzbuchs trägt die Überschrift

„Strafbare Handlungen gegen den religiösen Frieden und die Ruhe der Toten“

Die darunter fallenden Paragraphen sehen vor⁵⁶:

§	Straftatbestand	maximale Haftstrafe	maximale Geldstrafe	zuständiges Gericht
188	Herabwürdigung religiöser Lehren	6 Monate	360 Tagessätze	Bezirksgericht
189-1	Störung einer Religionsausübung	2 Jahre	360 Tagessätze	Landesgericht, Einzelrichter
189-2	Erregung eines Ärgernisses	6 Monate	360 Tagessätze	Bezirksgericht

§ 188:

„Jeder, der öffentlich eine Person oder eine Sache herabsetzt, die Gegenstand der Verehrung durch eine heimische Kirche oder eine Religionsgesellschaft oder durch eine Glaubenslehre oder eines Glaubens ist ...“

darf mit oben genannten Strafen rechnen.

⁵⁶

Einzelne Fälle

2010, Dezember: Der 63jährige Helmut G. wird für die Beleidigung seines muslimischen Nachbarn beleidigt, weil er beim Rasenmähen gejedelt hatte. Der Nachbar behauptete, G. hätte versucht, den Muezzin und den moslemischen Gebetsaufruf nachzuahmen und zu verspotten.

Pakistan E

Der Islam ist Staatsreligion. Verfassung und andere Gesetze beschneiden die Religionsfreiheit, was von staatlichen und lokalen Behörden verschärft angewendet wird. Die Verfolgung angeblicher Blasphemie, die mit dem Tod bestraft werden kann, ist weit verbreitet.

Das Strafgesetzbuch enthält eine Reihe von Bestimmungen des Islams. Das Justizwesen umfasst mehrere unterschiedliche Gerichtssysteme mit sich überschneidenden und zum Teil auch in Konkurrenz stehenden Urteilen.

Der Bundes-Scharia-Gerichtshof und die Scharia-Abteilung des obersten Gerichtshofs – die beide als Appellationsgerichte gelten für bestimmte Verfahren in Strafgerichten gelten – unterliegen im Rahmen der 1979 initiierten Rechtsreform zur Einführung des Islamischen Rechts den Hudood-Verfügungen⁵⁷ über Diebstahl, Straßenraub, Blasphemie⁵⁸, Vergewaltigung, außerehelichen Geschlechtsverkehr, Alkohol und Glücksspiel.

Kapitel XV des Strafgesetzbuches enthält mehrere Abschnitte, die sich auf Blasphemie oder religiöse Diffamierung beziehen. Artikel 295-A ächtet

„vorsätzliches und bösertiges Verhalten mit der Absicht, religiöse Gefühle durch Beleidigung der Religion oder des Glaubens zu empören.“

Artikel 295-B Article 295-B erklärt die Schändung des heiligen Koran zu einem Verbrechen. Artikel 295-C verbeiete abfällige Bemerkungen über den heiligen Propheten. Artikel 298 verbietet Äußerungen, die die Verletzung religiöser Gefühle beabsichtigen. Artikel 298-B verbietet den Missbrauch von Attributen, Bezeichnungen oder Titeln, die für bestimmte heilige Personen oder Orte reserviert sind.

Die Verfolgung wegen Blasphemie wird gern zur Ausschaltung von Konkurrenten oder für persönliche Racheakte eingesetzt. Die bloße Anschuldigung kann den Beschuldigten in lebensbedrohliche Haft bringen. Mullahs greifen oft in Gerichtsprozesse ein und schüchtern die Prozessbeteiligten ein. Ihre Macht ist so groß, dass es Anwälten und selbst Richtern nicht möglich ist, die Prozesse fair zu gestalten. Auch eine falsche Anschuldigung kann dadurch zu einem Todesurteil führen.

⁵⁷ Hudood ist der Plural von Hadd. Hadd bedeutet „Grenze“ oder „Einschränkung“ (<http://en.wikipedia.org/wiki/Hadd>).

⁵⁸ http://en.wikipedia.org/wiki/Hudood_Ordinance

Zwischen 1987 und 2012 verfolgten die Behörden nach Angaben der Nationalen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden⁵⁹ 1.1170 Fälle von Blasphemie. Human Rights Watch zufolge befanden sich Ende 2012 mindestens 17 wegen Blasphemie Angeklagte in Todeszellen, weitere 20 hatten lebenslängliche Haftstrafen bekommen.

In Ergänzung der Blasphemie-Gesetze setzt die Antiterrorismus-Bestimmung⁶⁰ fest, dass jede Handlung, verbale Äußerungen eingeschlossen, die beabsichtigen, zu religiösem Hass aufzurufen, mit bis zu 7 Jahren Haft bestraft werden können.

Im Dezember 2013 ordnete der Bundes-Scharia-Gerichtshof an, dass die Verfügungen über lebenslange Haftstrafen für Blasphemie aufgehoben werden – die einzig gültige Bestrafung für Blasphemie sei die Todesstrafe. Der Gerichtshof forderte die Regierung auf, binnen weniger Monate über die Umsetzung dieser Anordnung zu berichten.

Seit 2010 steigt die Aggressivität der Regierung beim Blocken „blasphemischer“ Webseiten. Twitter wurde 2012 im Mai und im September kurz ganz abgeschaltet. Nach einem Mohammed-Video wurde das Video-Portal von YouTube vom Obersten Gerichtshof geschlossen.

Es gibt keine Zivilehe. Für Angehörige abrahamitischer Religionsgemeinschaften gilt der jeweilige religiöse Ritus. Für alle anderen gibt es keine gesetzlichen Vorkehrungen. Wenn eine Nicht-Muslima zum Islam konvertiert, die vorher nach dem Ritus einer anderen Religionsgemeinschaft geheiratet hatte, gilt ihre Ehe als aufgelöst. Kinder christlicher oder Hindu-Frauen gelten nach dem Übertritt der Mutter zum Islam als unehelich. Nur wenn ihr Mann auch zum Islam übertritt, wird der Status der Kinder relegalisiert. Die Kinder eines muslimischen Ehepaares erhalten, wenn beide Elternteile zu einer anderen Religion konvertieren, ebenfalls den Status der Unehelichkeit. Der Staat kann die Vormundschaft über diese Kinder übernehmen.

Die Religionszugehörigkeit wird in Ausweispapieren eingetragen. Dabei wird der Status „keine Religion“ nicht akzeptiert.

Einzelne Fälle

2010, November: Asia Bibi, eine christliche Landarbeiterin und Mutter von fünf Kindern, wurde zum Tode verurteilt, weil sie angeblich bei einer Meinungsverschiedenheit mit einem muslimischen Arbeitskollegen blasphemische Bemerkungen geäußert haben sollte. Mehrere pakistanische Politiker, die sich für die Freilassung von Asia Bibi einsetzten, wurden ermordet:

⁵⁹ eine 1985 von der Pakistanischen Katholischen Bischofskonferenz eingerichtete Menschenrechtskommission (<http://www.ncjp-pk.org/>)

⁶⁰ 1997 (www.ma-law.org.pk/pdflaw/THE%20ANTI-TERRORISM%20ACT,%201997.pdf)

- Im Januar 2011 wurde der Gouverneur der Region Punjab, Salman Taseer wegen seiner Kritik an den Blasphemiegesetzen und seinem Einsatz für Asia Bibi von seinem Leibwächter Mumtaz Hussein Qadri umgebracht.
- Im März 2011 wurde der Minister für die Angelegenheiten von Minderheiten, Shabaz Bhatti, wegen seiner Kritik an den Blasphemiegesetzen und seinem Einsatz für Asia Bibi in seiner Wohnung ermordet. Die Tehrik-e-Taliban⁶¹ übernahmen die Verantwortung für den Anschlag und drohten, weitere Kritiker der Blasphemiegesetze ebenfalls zu töten. Bisher wurde keiner der Attentäter zur Verantwortung gezogen

2012, Oktober: Der pensionierte Lehrer Ameer Ali Wahocho wird wegen beleidigender Bemerkungen über den Propheten Mohammed und dessen Familie zu drei Jahren Haft verurteilt. Gegen eine ursprünglich verhängte Haftstrafe von einem Monat hatte Wahocho Revision eingelegt, ebenso wie sein Ankläger. Letzterer setzte sich durch.

Palästinensische Gebiete D

Das Grundgesetz der Autonomiebehörde entspricht hinsichtlich Religions-, Bekenntnis- und Meinungsfreiheit weitgehend internationalen Standards.

In der Praxis sind diese Rechte sowohl in der von der Fatah-dominierten Westbank als auch im von der Hamas kontrollierten Gaza-Streifen erheblich eingeschränkt.

Die Staatsreligion ist der Islam, der Respekt und die Unverletzlichkeit für Christentum und Jüdische Religion werde gepflegt.

Blasphemie oder Religionskritik können mit Freiheitsstrafen belegt werden.

Personenstands- und „moralische“ Angelegenheiten werden von Religionsgerichten geregelt.

In der Westbank gilt nach wie vor das alte jordanische Gesetz gegen die „Difamierung von Religion“, die Höchststrafe ist lebenslange Haft.

In Gaza fördern die Hamas-Behörden orthodoxe sunnitische Praktiken und einen konservativen Dresscode. Sie schikanieren regelmäßig Betende, die nicht der Hamas nahestehende Moscheen aufsuchen.

Einzelne Fälle

Ende Oktober 2010 wurde der 26jährige Blogger Waleed Hasayin in der Westbank festgenommen, weil er blasphemische Bemerkungen auf Face-

⁶¹ Eine seit 2007 bestehende Dachorganisation mehrerer im Nordwesten Pakistans agierender Taliban-Gruppen. Seit November 2013 steht sie unter Leitung des 1974 geborenen Maulana Fazlullah, Nachfolger des von einer US-Drohne getöteten Hakimullah Mehsud. (http://en.wikipedia.org/wiki/Tehrik-e-Taliban_Pakistan)

book und in seinem Blog gepostet hätte. Hasayin beschrieb sich selbst als „Atheist von Jerusalem-Palästina“ und postete, dass

„Gott ein primitiver anthromorpher Beduine“

sei. Die

„Menschen sind frei zu denken und zu glauben, was immer zu ihnen passt.“

Er wurde wegen Diffamierung der Religion angeklagt. 2012 wurde er freigelassen und floh nach Europa.⁶²

Panama C

Die Verfassung garantiert Religions- und Weltanschauungsfreiheit, vorausgesetzt

„Christliche Moral und öffentliche Ordnung“

werden respektiert.

Polen D

Im Strafgesetzbuch heißt es:

„Wer religiöse Gefühle anderer verletzt, indem er öffentlich einen religiösen Kultgegenstand oder einen Ort öffentlicher religiöser Zeremonien verunglimpft, kann mit einer Geldbuße oder Freiheitsentzug bis zu 2 Jahren bestraft werden.“

Einzelne Fälle

2012, Januar: Die Rocksängerin Dorota Rabczewska (geb. 1984), besser bekannt unter ihrem Künstlernamen Doda musste für die „Verletzung religiöser Gefühle“ 1.450 US\$ Geldstrafe bezahlen, nachdem sie in einem Interview gesagt hatte:

„Es fällt schwer, an etwas zu glauben, das von jemanden aufgeschrieben wurde, der vom Wein besoffen war oder irgendwelche Kräuter geraucht hat.“⁶³

2012, Oktober: Der Rockmusiker Adam Darski (geb. 1977), Künstlername Nergal wurde von Polens oberstem Gericht wegen „Verletzung religiöser Gefühle“ angeklagt. Während eines Konzerts seiner Heavy-Metal-Band Behemoth zerriss Darski eine Bibel und bezeichnete sie als „Buch der Lügen“. Er nannte die Katholische Kirche „den mörderischsten Kult des Planeten“. Ein niedrigeres Gericht hatte die Anklage zurückgewiesen, aber das

⁶² Im Juli 2013 gründete er zusammen mit 30 anderen Moslems den „Rat der Ex-Muslime in Frankreich“, der sich als atheistische, freidenkerische und humanistische Vereinigung versteht. (http://en.wikipedia.org/wiki/Waleed_Hasayin)

⁶³ IHEZ-Quelle: <http://rationalist.org.uk/articles/4168/poland>

oberste Gericht nahm sich der Sache an und urteilte, Darski könne für das Verbrechen der „Verletzung religiöser Gefühle“ selbst dann angeklagt werden, wenn er nicht „direkt beabsichtigt“ habe, diese Gefühle zu verletzen. der Fall wurde wieder an eine niedrigere Instanz verwiesen. Im Januar 2013 befand ein Bezirksgericht Darski wegen „absichtlicher Beleidigung der Heiligen Bibel“ schuldig. Wegen Verjährung wurde das Verfahren jedoch eingestellt.⁶⁴

Russland D

Trotz verfassungsmäßig gleicher Rechte für Christen, Moslems, Juden und Buddhisten, hat die Christlich Orthodoxe Kirche Russlands als einzige Religionsgemeinschaft das Recht, bei Gesetzesentwürfen der Staatsduma hineinzureden.

2013 hatten Kirchenführer erheblichen Anteil an der Verschärfung diskriminierender Gesetze gegen Homosexuelle. Die Äußerungsfreiheit Homosexueller wurde erheblich eingeschränkt, im Gegenzug werden homophob motivierte Angriffe verharmlost.

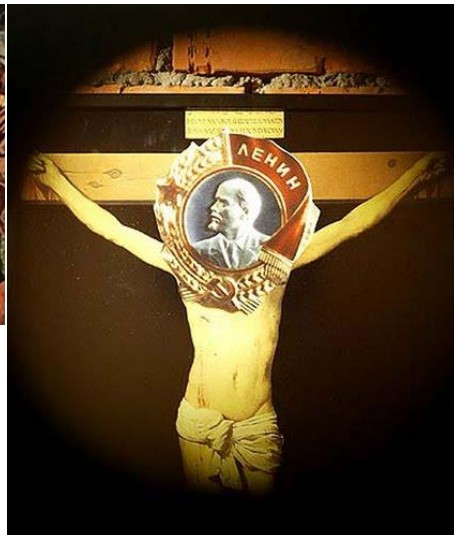
Einzelne Fälle

2008, Januar: Alekdander Sdvizhkov, Herausgeber der weißrussischen Zeitschrift Zgoda, wird für den Abdruck der Mohammed-Karikaturen aus der dänischen Zeitung Jyllands-Posten zu 3 Jahren Arbeitslager verurteilt.

2010, Juni: Zwei russische Galleristen, Jury Samadurov und Andrei Jerefexev werden für das Organisieren einer Ausstellung mit dem Titel „Verbotene Kunst“ zu hohen Geldstrafen verurteilt. In der Ausstellung gab es Porträts von Jesus als Micky Maus und als Lenin.



uncut.indexoncensorship.org



martinnangle.blogspot.com

⁶⁴ IHEU-Quelle: <http://rationalist.org.uk/articles/4168/poland>

2012, August: Drei Mitglieder der Punk-Band Pussy Riot, Nadezhda Tolokonnikova, Maria Alyokhina, und Yekaterina Samutsevich, werden wegen

„durch religiösen Hass motivierten Hooliganismus“

zu je 2 Jahren Arbeitslager verurteilt. Sie hatten in der Moskauer Christ-Erlöser-Kirche eine Performance mit dem

„Punk-Gebet: Mutter Gottes, verjage Putin“

veranstaltet.⁶⁵

Saint Lucia

Ein existierendes Anti-Blasphemie-Gesetz wird in der Praxis nicht angewendet.

Saint Vincent und die Grenadinen C

Ein existierendes Anti-Blasphemie-Gesetz wird in der Praxis nicht angewendet.

Samoa D

Der Staat ist in allen gesellschaftlichen Bereichen christlich geprägt. Obwohl die Verfassung Religionsfreiheit garantiert, haben örtliche Klanchefs (Matai) Macht, ihren Untergebenen die Religionszugehörigkeit vorzuschreiben. Wer sich nicht fügt, wird mit Geldstrafen belegt oder aus der Dorfgemeinschaft verbannt. In einigen Gegenden müssen mehr als 30 % des Familieneinkommens an die Kirche abgegeben werden.

Saudi-Arabien E⁶⁶

In Saudi-Arabien identifiziert sich die Königsfamilie mit dem Islam. Enge Verbindungen der Familie Saud mit dem religiösen Establishment unterwerfen die gesamte Bevölkerung der offiziellen Islam-Interpretation.

⁶⁵ Im Oktober 2012 wurde Jekaterina Samuzewitschs Strafe in eine Bewährungsstrafe umgewandelt. Im Dezember 2013 wurden die beiden anderen Band-Mitglieder gegen ihren Willen begnadigt – Sie bestehen weiterhin auf einem Freispruch.

⁶⁶ Gemeinhin gilt bei säkularen Menschenrechtsverteidigern, dass geschlossene Religionssysteme im wesentlichen herrschaftsstabilisierende Funktion haben. Der Wahabismus des saudischen Königshauses erfüllt diese Funktions zweifellos. Und doch haben die saudischen politischen Eliten sich mit „Basis“-Bewegungen und Pogromtendenzen in der Bevölkerung auseinanderzusetzen, die einen noch mehr Freiheitsrechte einschränkenden islamischen Gottesstaat anstreben, als es das wahabistische Saudi-Arabien darstellt. Dies ergab u.a. eine Veranstaltung von amnesty international am 10.12.2013

Die Gesetze beruhen auf der Scharia. Blasphemie oder jede andere Abweichung vom sunnitischen Islam wahabitischer Prägung sowie Abfall vom Glauben werden in der Regel mit dem Tod bestraft. Auch „Hexerei“ und „Zauberei“ sind als todeswürdige Verbrechen definiert. Die häufigsten Hinrichtungsarten sind Enthauptung und Kreuzigung.

Menschen, die bei der Kritik an der herrschenden Familie oder der herrschenden Form des Islam erwischt werden, werden schnell und hart bestraft, oft aber im verborgenen, so dass ein vollständiger Bericht über die saudischen Unterdrückungsmechanismen unmöglich ist. So wurden zum Beispiel im Juli 2013 sieben Männer von einem geheimen Sondergericht wegen Facebook-Einträgen zu Haftstrafen zwischen 5 und 10 Jahren verurteilt. Identitäten, eine Zuordnung der Strafen zu Einzelpersonen und was die Delinquenten gepostet hatten, bleibt unbekannt.

Die „Kommission zur Unterstützung der Tugend und der Abwehr von Sünde“ – die Religionspolizei also – zeigt sich besonders bei religiösen Minderheiten und Ungläubigen besonders unnachgiebig.

Die Universitäten sind mit Spitzeln durchsetzt. Säkulare Philosophie oder nicht-wahabitische Religionen dürfen nicht gelehrt werden. In den letzten Jahren gab es in den Lehrbüchern zwar einige Änderungen, ein Teil des Lehrpersonal stachelt nach wie vor zum Hass auf Nicht-Muslime und andere Islamschulen auf.

Über 400.000 Webseiten, auf denen unmoralische oder politisch sensible Inhalte vermutet werden, sind blockiert.⁶⁷ Alle Blogs, Webseiten und Posts müssen vom Informationsministerium genehmigt werden.

Einzelne Fälle

2012, Februar: Der 23jährige Journalist Hamza Kashgari wurde für das Posten fiktiver Zwiegespräche zwischen ihm und dem Propheten Mohammed auf Twitter wegen Blasphemie und Apostasie angeklagt. Bei den Posts hatte seine problematische und skeptische Haltung zum Islam ausgedrückt. Kurze Zeit später ordnete der saudische König die Verhaftung Kashgaris an, da dieser

„die rote Linie überschritten und den religiösen Glauben an Gott und seinen Propheten verleumdet habe.“

Kashgari versuchte, nach Neuseeland zu fliehen, wurde jedoch beim Umsteigen in Malaysia festgenommen und nach Saudi-Arabien zurückgeschickt. Seine Familie versuchte ihn zu retten, indem sie Ende 2012 ein entschuldigendes Gedicht Kashgaris veröffentlichte. Kashgari saß fast zwei Jahre ohne Gerichtsverfahren im Gefängnis und wurde im Oktober 2013 freigelassen. Er twitterte ein Dankschreiben:

⁶⁷ Erstaunlich wenig.

„Morgen der Hoffnung ... Seelen die leben und niemals sterben. Danke Gott.“

⁶⁸

Im Juni 2012 wurde der Autor der Webseite „Free Saudi Liberals“, Raef Badawi, festgenommen. Die Seite war als Forum zur Diskussion über Religion und zur Förderung religiöser und anderer Freiheiten gedacht. Badawi wurde wegen Blasphemie und Apostasie angeklagt. Vom Vorwurf des Glaubensabfalls wurde er freigesprochen, nachdem er im Verfahren seine Ergebenheit gegenüber dem Islam dargestellt hatte, was ihm wohl die Todesstrafe ersparte. Im July 2013 wurde er jedoch wegen des Betreibens einer Webseite, die

„islamische Werte missachtete und liberale Gedanken verbreitete“

zu 600 Peitschenhieben und 7 Jahren Haft verurteilt.⁶⁹

Schweiz C

Einzelne Fälle

2010, Oktober: Der Lehrer Valentin Abgottsporn verlor seine Stelle an einer öffentlichen Schule im Kanton Wallis, nachdem er Bedenken über die staatliche Förderung des Katholizismus in staatlichen Schulen geäußert hatte. Artikel 3 des Walliser Schulgesetzes fordert die Schulen dazu auf, Schüler auf ihre Pflichten als „Menschen und Christen“ vorzubereiten. Abgottsporn wurde entlassen, nachdem er in einem Klassenraum, in dem er unterrichtete, das Kreuzifix entfernte.

Somalia E

Seit mehr als zwei Jahrzehnten ist Somalia Bürgerkriegsgebiet ohne einheitliche staatliche Strukturen. Einzelne Gruppen begehen in den von ihnen kontrollierten Gebieten erhebliche Menschenrechtsverletzungen. Islamische Gruppierungen setzen auf eine harte Anwendung der Scharia: Todesstrafe für Apostasie, Blasphemie und bloße Meinungsäußerungen, die von der herrschenden Islamdefinition abweichen.

Bei dem Versuch einer staatlichen Rekonsolidierung wurde 2012 eine provisorische Verfassung verabschiedet. In dieser wird der Islam als Staatsreligion gesetzt. Missionierungen für andere Religionen und Weltanschauungen sind verboten. Gesetze, die nicht mit der Scharia übereinstimmen, sind verboten. Nicht-Muslims haben keinen Zugang zu Arbeitsplätzen im öffentlichen

⁶⁸ IHEU-Quelle: http://www.ifex.org/saudi_arabia/2012/02/15/kashgari_deported/
<http://gulfnews.com/news/gulf/saudi-arabia/saudi-blasphemy-prisoner-hamza-kashgari-tweets-for-first-time-after-release-1.1248548>

⁶⁹ IHEU-Quelle: <http://iheu.org/story/iheu-protests-gratuitous-violent-sentence-handed-saudi-liberal-activist>

Dienst. Sich als Atheist oder nicht-religiös zu bekennen ist verboten. Apostasie, Blasphemie und Religionskritik werden mit Haftstrafen belegt.

Die islamistischen Al-Shabaab-Milizen kontrollieren nach wie vor ländliche Gebiete im Süden und im Zentrum. Dort werden Menschen, die sich vom Islam lösen, schikaniert und getötet. Menschen, die den Bestimmungen des Islams in der Auslegung von Al-Shabaab zuwider handeln, werden verstümmelt und ermordet.

Puntland und Somaliland sehen sich als unabhängige Staaten auf dem ehemaligen Staatsgebiet von Somalia. Obwohl ihre Verfassungen Artikel zum Schutz religiöser Freiheit enthalten, sind Apostasie, Loslösung vom Islam und die Werbung für andere Religionsgemeinschaften verboten. Blasphemie und Diffamierung des Islams werden mit bis zu zwei Jahren Haft bestraft. Die Präsidenten müssen Muslime sein, in Somaliland auch die Vizepräsidenten und die Abgeordneten.

Sri Lanka D

Die Verfassung propagiert allgemeine Religions- und Bekenntnisfreiheit, gesteht den Buddhismus allerdings eine bevorzugte Stellung zu.

Das Ministerium für Buddha-Lehren und Religiöse Angelegenheit hat vier Abteilungen, die jeweils Buddhisten, Hindus, Moslems und Christen zugeordnet sind. Jede Gruppe hat die Aufgabe, ihre Lehren zu verbreiten und für eine „tugendhafte Gesellschaft“ zu sorgen.

Das Personenstandsrecht, inklusive Scheidungsrecht, Vorsorgerecht und Erbrecht ist Sache der Religionszugehörigkeiten angepasst.

Zwischen der buddhistischen Mehrheit auf der einen Seite und den christlichen und muslimischen Minderheiten auf der anderen Seite kommt es zu erheblichen Spannungen. Buddhistische Extremisten greifen christliche Kirchen und Einzelpersonen tätlich an, auch Moslems werden schikaniert:

2012 stürmten Buddhistische Mönche eine Moschee in Dambulla und die Regierung fügte sich ihrem Wunsch, dass die Moschee zerstört und versetzt werden sollte.⁷⁰

Sudan E

Die vorläufige Verfassung von 2005 setzt den Islam als Quelle der gesamten Gesetzgebung.

⁷⁰ Auch wenn hier Säkulare nicht betroffen sind: Gerade unter uns Säkularen gibt es eine unterschwellige Sympathie für den Buddhismus als irgendwie intellektuelle „Anti-Religion“. Es gibt beides: Buddhismus als psycho-soziale Erkenntnistheorie (wie ihn z. B. Arthur Schopenhauer begriffen hat) und Buddhismus als religiöser Ritualkomplex, der sich durch massive Verfolgungen Andersdenkender auszeichnet.

Apostasie, der Übertritt zu einer anderen Religion als der Islam und Blasphemie können mit dem Tod bestraft werden. Regierungsstellen machen sich nicht immer die Mühe, dafür einen ordentlichen Prozess anzustrengen – es kommt auch zu außerlegalen Hinrichtungen.

Mindere Fälle von Blasphemie und Diffamierung des Islams werden mit bis zu einem halben Jahr Haft, Auspeitschen und / oder Geldstrafen geahndet.

Die Anwendung dieser Gesetze wird zunehmend verschärft: 2011 konnten 129 Darfuris⁷¹ nur dadurch der Todesstrafe wegen Glaubensabfall entkommen, indem sie sich zur Regierungsinterpretation des Islam bekannten. Sie wurden dann freigelassen.

Moslems können auch Christinnen oder Jüdinnen heiraten, die Gatten von Muslimas müssen Moslems sein oder zu Islam konvertiert haben.

Die auf dem Islam in der Auslegung durch die sudanesisische Regierung basierenden Gesetze enthalten strenge Kleidungs-, Benimm- und Moralvorschriften. Eine besondere Polizei für die öffentliche Ordnung hat hier viel Interpretationsspielraum, Passanten willkürlich festzusetzen.⁷²

Einem Gesetz zufolge kann der Justizminister jeden Häftling sofort entlassen, wenn dieser in der Lage ist, den Koran auswendig herzusagen.

Strafrecht und Zivilrecht wird auf verschiedene Religionsgruppen unterschiedlich angewendet. Z. B. erhält eine Moslem oder ein nicht-koptischer Christ für den Vertrieb von Alkohol 40 Peitschenhiebe, Christen werden allerdings in der Regel nicht für den Alkoholkonsum in den eigenen vier Wänden bestraft. Für Kopten gibt es Sonderregelungen (deren Inhalt im IHEU-Bericht nicht spezifiziert ist).

Surinam D

Ein Gesetz sieht Geld- und Haftstrafen für Blasphemie vor, wurde jedoch in letzter Zeit nicht angewendet.

Swaziland E

In der absoluten Monarchie König Mswati III. haben etwa 360 Stammeshäuptlinge weitgehende Befugnisse in ihren Territorien. Sie können – in Missachtung der internationalen Standards entsprechenden Verfassung – willkürlich Andersdenkende und Kritiker unterdrücken. Dies gilt auch und insbesondere für die weltanschauliche Orientierung ihrer Untertanen. Maßstab ist das Christentum in der jeweiligen Version des Stammesfürsten (35 %

⁷¹ Menschen aus der Region Darfur im westlichen Sudan.

(<http://en.wikipedia.org/wiki/Darfuri>)

⁷² Was von den Polizisten sicher auch als willkommene Nebenerwerbsquelle angesehen wird.

Protestanten, 30 % afrikanisch-zionistische Christen (ein Untergruppe der evangelikalen Pfingstgemeinden), 25 % römisch-katholische Christen)⁷³.

Syrien E

Vor dem Bürgerkrieg wurde das Land von der Assad-Regierung als „säkular“ bezeichnet. Allerdings musste laut Verfassung der Staatspräsident Moslem sein und islamische Rechtswissenschaft gilt als Grundlage der Gesetzgebung.

Im Personenstandsrecht gelten unterschiedliche Bestimmungen für Moslems, Christen und Juden. Eine Muslima darf keinen Christen heiraten, eine Christin jedoch einen Moslem.

Mit dem Bürgerkrieg sind regionale Bedeutungszunahmen religiöser Ausrichtungen zu beobachten, teils werden die Kämpfe entlang der Glaubensgrenzen ausgefochten: Moslems töten Säkulare und Christen, Christen töten Moslems, Schiiten töten Sunniten ...

Thailand D

Laut der Verfassung von 2007 gibt es keine Staatsreligion. Der König muss allerdings Theravada-Buddhist sein. Der Theravada-Buddhismus und die vier anderen Hauptreligionsgruppen (Islam, Christentum, Hinduismus und Sikh) stehen laut Verfassung unter dem besonderen Schutz des Staates.

Die Beleidigung des Buddhismus und buddhistischer Kleriker wird nach Sangha Act⁷⁴ von 1962 in der Fassung von 1992 mit bis zu einem Jahr Haft und 20.000 Baht (etwa 667 US\$) Geldstrafe geahndet. Die Abschnitte 206 bis 208 des Stragesetzbuches von 1956 (zuletzt geändert 1976) belegen die Beleidigung oder Störung von religiösen Zeremonien mit Haftstrafen von bis zu 7 Jahren und Geldstrafen zwischen 2.000 und 14.000 Baht (67 bis 467 US\$).

Tunesien D

Einzelne Fälle

2012, März: Obwohl alle Versuche der regierenden Ennahda-Partei und anderer islamischen Gruppen, Blasphemiegesetze durchzusetzen, bisher gescheitert sind, werden zwei atheistische Freunde, Jabeur Mejri und Ghazi Beji für angeblich blasphemische Bilder in ihrem Facebook-Account zu eineinhalb Jahren Gefängnis und 1.200 Tunesischen Dinar (rund 800 US\$) verurteilt. Während Jabeur Mejri seine Gefängnisstrafe absitzt, gelang es Ghazi Beji nach Europa zu fliehen. Verurteilt wurden die beiden auf der Grundlage eines extrem vage gehaltenen Artikels 121 (3) des tunesischen Strafgesetz-

⁷³ <http://de.wikipedia.org/wiki/Swasiland>

⁷⁴ etwa: Gesetz über Vereinigungen und Versammlungen

(<http://en.wikipedia.org/wiki/Sangha>)

buches, der jegliche Form der Äußerung und medialen Verbreitung von „Propaganda“ verbietet, die

„geeignet ist, der öffentliche Ordnung oder die öffentliche Moral zu schaden“.

2012, Mai: Der Chef des privaten Senders Nessma-TV, Nabil Karoui, wird für die Verbreitung des Animationsfilms „Persepolis“⁷⁵ zu einer Geldstrafe von 2.400 Dinar (1.500 US\$) verurteilt.



2012 wurde Sofiene Chourabi, die gegen die Versuche der Ennahda-Partei protestierte, einen Blasphemieparagrafen einzuführen, wegen „Alkohol trinken während des Ramadans“ verhaftet. Dies ist nach Tunesischem Recht nicht strafbar.

Türkei D

Der von seinem Selbstverständnis her säkulare Staat ist in den letzten Jahren mit der Regierung der AKP unter Recep Tayyip Erdoğan zunehmend islamisierenden Tendenzen ausgesetzt. Türkische Künstler, Schriftsteller und Intellektuelle sehen sich wegen religionskritischer Äußerungen zunehmend Verfolgungen ausgesetzt.

Blasphemie und Religionskritik können mit Haftstrafen belegt werden.

Einzelne Fälle

Ende Mai 2009 strengte der türkische Gerichtshof ein Verfahren gegen Nedim Gürsel an, weil dieser Mohammed und dessen Familie in seinem Buch „Allahs Töchter“ beschrieben hatte und damit möglicherweise die Religion beleidigt und zum Hass angestachelt hätte. Gürsel wurde im Juni 2009 freigesprochen.

Im Juni 2012 wurde Fazil Say, ein weltbekannter Klassik- und Jazzpianist, von den Behörden angeklagt, in Twitter-Botschaften islamische Werte beleidigt zu haben. Say hatte den persischen Dichter Omar Khayyam zitiert, der im 11. Jahrhundert gelebt hatte. Dieser hatte sich über Jenseitsvorstellungen lustig gemacht. Say wies die Anschuldigungen zurück, wurde aber im April 2013 zu einer 10monatigen Haftstrafe auf Bewährung verurteilt.

⁷⁵ Ein sehr empfehlenswerter Film von Marjane Satrapi und Vincent Paronnaud

Uganda C

In den letzten Jahren verschärft das Ethik-Ministerium auf Grundlage christlicher Argumentation die Verfolgung Homosexueller. Homosexualität ist in Uganda illegal.

Vereinigte Arabische Emirate E

Die Verfassung erklärt den Islam zur Staatsreligion aller sieben Gründungs-Emirate und definiert alle Staatsbürger als Moslems. Apostasie und Konversion zu anderen Religionen sind gesetzlich verboten. Sie können mit dem Tode bestraft werden, bisher sind aber keine Gerichtsverfahren wegen Apostasie oder Konversion bekannt geworden.

Weniger als 15 % der Einwohner sind Staatsbürger, die große Mehrheit der Bevölkerung besteht aus ausländischen Arbeitnehmern und z. T. ihren Angehörigen. Diese haben laut Verfassung Religionsfreiheit, in die sich der Staat nicht einmische.

Einreisende müssen ihre Religionszugehörigkeit den Einwanderungsbehörden offenbaren. Der Staat behauptet zwar, dies diene lediglich statistischen Zwecken, es gibt jedoch Hinweise, dass Visa aufgrund der Religionszugehörigkeit verweigert wurden.

Das Personenstandswesen untersteht Scharia-Gerichten, alle anderen Rechtsbereiche werden von Zivilgerichten verhandelt. Muslimas dürfen keine Nicht-Moslems heiraten. Zuwiderhandlungen werden als „Unzucht“ mit mindestens 1 Jahr Gefängnis bestraft. Ein Moslem darf eine Nicht-Muslima heiraten, sofern sie einer abrahamitischen Religion angehört. Sollte diese allerdings nicht zum Islam konvertieren, gilt sie nicht als Staatsbürgerin. Der Vater hat das Sorgerecht auch im Scheidungsfall. Die Nicht-Muslima ist als Witwe nur dann erbberechtigt, wenn dies im Testament des Verblichenen schriftlich festgelegt ist.

Neben Blasphemie sind auch das Fluchen, obszöne Wortwahl, Beleidigungen und jegliche andere Form vulgärer Sprache und Verhalten verboten. Zuwiderhandeln wird mit Geldstrafen, Gefängnis und Ausweisung bestraft.

Webseiten mit Hinweisen auf Menschenrechte, Meinungsfreiheit, Atheismus, Baha'i, Judentum, Islamkritik und von ehemaligen Moslems werden von den bei Internet-Providern der VAR ausgesiebt und abgeschaltet. Für die Verfolgung aller oben erwähnten Missetaten im Internet gibt es die Artikel 15 und 20 im Gesetz über Internetverbrechen.

Schwarze Magie, Zauberei, Hexerei und Beschwörungszereemonien sind gesetzlich verboten und werden mit Haftstrafen zwischen 6 Monaten und 3 Jahren sowie Ausweisung bestraft. Die Regierung teilte mit, dass der Zoll von

Dubai 2012 in der ersten Jahreshälfte 121 mal Objekte wie Wicca⁷⁶-Literatur, Talismänner und ähnliches konfiszierte – im ganzen Jahr 2011 gab es 92 Konfiskationen.

Am Rande sei nur erwähnt, dass in den Hotelghettos mit angeschlossenen Shoppingcentern keine der o. g. Maßregeln eine Bedeutung hat.

Vereinigte Staaten von Amerika B⁷⁷

Der IHEU-Bericht merkt an, dass bei an sich intakter – den Menschenrechten entsprechender – Gesetzeslage die USA

„lange eine soziale und politische Atmosphäre beherbergte, die Atheisten und Nicht-Religiöse dazu brachten, sich als weniger oder nicht amerikanisch zu fühlen. Dies liegt an einer Reihe von Gesetzen, die die Teilnahme von Atheisten bei öffentlichen Aufgaben einschränken oder die Regierung dermaßen ins Religiöse einbinden, dass religiös zu sein mit Amerikaner sein gleichgesetzt wurden – und umgekehrt⁷⁸. Gerichtliche Entscheidungen und Gesetzesinitiativen haben viele dieser Gesetze mittlerweile überflüssig gemacht. Trotzdem bestehen sie weiter, weil es an politischem Einfluss fehlt, sie abzuschaffen ... in Amerika kann man das Recht haben, Atheist zu sein, aber dies öffentlich zu machen, kann die [Lebens-]Erfolgschancen erheblich mindern, besonders in einigen Staaten ... Genau Null der 545 Mitglieder des Kongresses bezeichnen sich als nicht-religiös.“

2011 setzte das Repräsentantenhaus „Wir vertrauen auf Gott“ als Staatsmotto durch und regte an, dies an allen öffentlichen Gebäuden anzubringen. 396 Abgeordnete waren dafür, 9 dagegen, 2 enthielten sich. Das Motto war bereits 1956 vom Kongress eingeführt worden. Das Motto erscheint auf jedem Geldschein, bei allen Gerichten

In Gefängnissen, beim Militär und selbst in einigen Verwaltungsbehörden kann es gefährlich sein, sich gegen Religionen auszusprechen.

Obwohl im Fall Torcaso gegen Watkins der Oberste Gerichtshof es für verfassungswidrig erklärte, Atheisten vom öffentlichen Dienst fernzuhalten, steht dies immer noch in den Verfassungen von sieben Staaten – Arkansas, Maryland, Mississippi, North Carolina, South Carolina, Tennessee, und Texas. In Arkansas können laut Gesetz Atheisten nicht als Zeugen vor Gericht

⁷⁶ Wicca ist ein Anfang des 20. Jahrhunderts entstandener Hexenkult, der sich als ganzheitliche Religion versteht. (<http://de.wikipedia.org/wiki/Wicca>)

⁷⁷ Die USA werden im IHEU-Bericht als "Mostly Satisfactory" (Vorwiegend befriedigend) eingestuft. Dies erklärt sich aus dem Schwerpunkt auf staatliche Diskriminierung und Verfolgung Nicht- und Andersgläubiger.

⁷⁸ Auch bei offizieller Bekenntnisfreiheit herrscht also eine ähnliche Atmosphäre wie in Mauretanien.

aussagen. 2006 verabschiedete Kentucky ein Gesetz, dass die Heimatschutzbehörden eine Plakette anzubringen hätten, dass der Allmächtige Gott ein integraler Bestandteil für den Staatsschutz sei – Zwiderhandeln wird mit bis zu 12 Monaten Gefängnis bestraft.

Immerhin ist schon seit 2013 im District of Columbia⁷⁹ die Zivilehe erlaubt.

Einzelne Fälle

In Iowa gibt es ein staatliches Programm, das Strafgefangene mit Literatur versorgt, die u. a. folgendes feststellt:

„Kriminelles Verhalten ist eine Erscheinungsform der Entfremdung zwischen dem Selbst und Gott. Das Annehmen von Gott und biblischen Prinzipien führt über die Macht des Heiligen Geistes zur Heilung. Die Umwandlung erfolgt durch ein unmittelbares Wunder.“

Im Prinzip eine nette Idee. Allerdings erhalten Gefangene, die an dem Programm teilnehmen, schönere Zellen, mehr Privatheit, mehr Zugang zu Verwandten und Befreiung von lästigen Aufgaben des Gefängnisalltags.⁸⁰

2011 wurde Gefangenen im Berkeley-Berirksgefängnis sämtliche Literatur mit Ausnahme der Bibel weggenommen.⁸¹ ...

80 Soldaten einer US-Army-Einheit in Fort Eustis wurde Freizeit gestrichen, und sie mussten zusätzliche Wartungsarbeiten durchführen, weil sie sich geweigert hatten, ein christliches Rockkonzert zu besuchen.⁸²

Volksrepublik Nord-Korea E

Die Verehrung der Kim-Dynasie hat den Charakter einer Staatsreligion. Jede Abweichung davon wird willkürlich ausgelegt und schwer bestraft.

Humanistische, atheistische, säkulare oder andere nicht-religiöse NGOs werden genauso brutal unterdrückt wie jede x-beliebige Religion, die vom „Kommunismus“ abweicht. „Falsches Denken“ wird mit Haft, Zwangsarbeit, Folter und Tod bestraft.

⁷⁹ Der die Hauptstadt Washington umgebende Distrikt hat nicht den Charakter eines selbständigen Bundesstaates.

⁸⁰ IHEU-Quelle:

www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/02/24/AR2007022401230.html

⁸¹ IHEU-Quelle

www.guardian.co.uk/books/2011/may/10/us-prisoners-refused-books-bible

⁸² IHEU-Quelle:

www.huffingtonpost.com/chris-rodda/us-soldiers-punished-for-_b_687051.html

VR China E

IHEU sieht die VR-China als Staat schwerster Menschenrechtsverletzung. Da jedoch hiervon Säkulare gerade am wenigsten betroffen sind, ist es für unsere Arbeit erst mal uninteressant.

Zentralafrikanische Republik D

Seit dem Sturz des Präsidenten François Bozizé im Frühjahr 2013 befinden sich staatliche Strukturen in Auflösung. Die Bürgerkriegsparteien definieren ihre Ziele z. T. religiös, vor allem Muslims und Christen. Ob es zu ähnlichen Entwicklungen wie in Somalia kommt, bleibt abzuwarten.